MASTER
NEGATIVE
NO. 94-82233-7

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials including foreign works under certain conditions. In addition, the United States extends protection to foreign works by means of various international conventions, bilateral agreements, and proclamations.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Columbia University Libraries reserve the right to refuse to accept a copying order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

Author:
Strenger, Fritz

Title:
Die Wirtschaftliche und soziale bedeutung der...

Place:
Essen

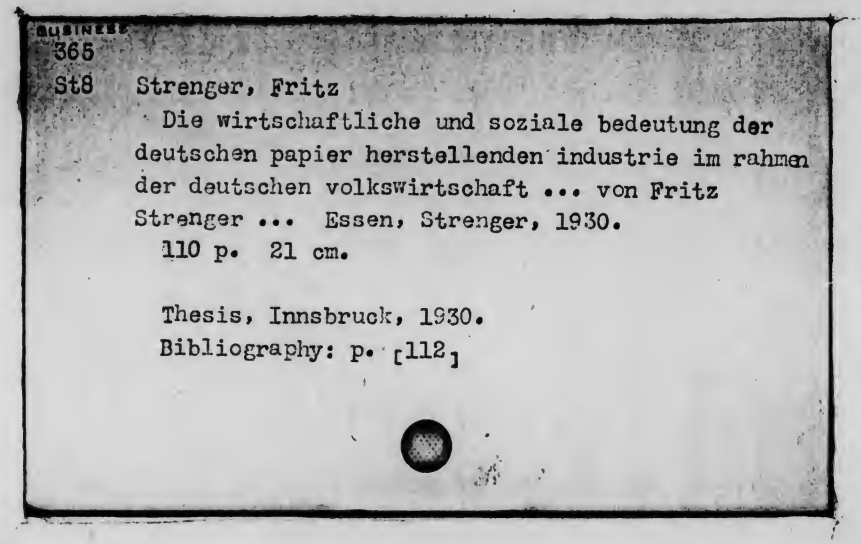
Date:
1930

94-82233-7
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



BUSINESS
365
St8 Strenger, Fritz
Die wirtschaftliche und soziale bedeutung der deutschen papier herstellenden industrie im rahmen der deutschen volkswirtschaft ... von Fritz Strenger ... Essen, Strenger, 1930.
110 p. 21 cm.

Thesis, Innsbruck, 1930.
Bibliography: p. [112]

RESTRICTIONS ON USE:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 12x IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 10/6/94 INITIALS: DSP

TRACKING # : MSH 02703

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

2.0 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP 13″x18″
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

200 mm

150 mm

100 mm

1.0

1.1

1.25

1.4

1.6

1.8

2.0

2.2

2.5

2.8

3.2

3.6

4.0

4.5

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

A5

A4

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

Century

A&P

1303 Geneva Avenue
St. Paul, MN 55119

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

4.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.5 mm

Univ. Exchange NOV 21 193

Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der deutschen Papier herstellenden Industrie im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft.

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Staatswissenschaften
vorgelegt der
rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
an der
Leopold-Franzens-Universität
zu
Innsbruck

von

Fritz Strenger.

*

Innsbruck, im Februar 1930.

Essen
Buchdruckerei Friedrich Strenger
1930.

D365 St8

Columbia University
in the City of New York

LIBRARY

School of Business

Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der deutschen Papier herstellenden Industrie im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft.

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Staatswissenschaften
vorgelegt der
rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
an der
Leopold-Franzens-Universität
zu
Innsbruck
von

Fritz Strenger.

*

Innsbruck, im Februar 1930.

Essen
Buchdruckerei Friedrich Strenger
1930.

Seite

3. Die Organisationbestrebungen in der Papierindustrie . . . 36
A) Die industrielle Konzentration 36
a) Allgemeines 36
b) In Deutschland 37
B) Der Verein deutscher Papierfabrikanten 39
a) Allgemeines 39
b) Als Urheber der Kartelle in der Papierindustrie . . 44
C) Die Papierkartelle 45
a) Der Gesamtausschuß der Fachgruppen der deutschen Papierindustrie 45
b) Der Verband deutscher Druckpapierfabriken 48
c) Die übrigen Verbände 49
D) Wirkungen der Kartelle 49
4. Die wirtschaftliche Verflechtung der Papierindustrie . . . 50
A) Theoretische Vorbemerkung 50
B) Die Industrie der Rohstoffe 51
a) Holz und Stroh 51
b) Lumpen 52
c) Kohle 53
d) Chemikalien, Filze, Siebe und Maschinen 54
C) Die Papierindustrie als Schlüsselindustrie 54
a) Zeitungswesen 54
b) Druckgewerbe 56
c) Sonstige Papierverarbeitung 57
D) Der Papierhandel 59
a) Theoretische Vorbemerkung 59
b) Der Papiergroßhandel 61
E) Das Papier als Frachtgut 62
F) Die Bedeutung für das Bankwesen 63
III. Teil: Die soziale Bedeutung der deutschen Papierindustrie . . 64
1. Die Arbeiterfrage 64
A) Der Arbeitsmarkt in der Theorie 64
B) Die Zahl der Arbeiter 69
C) Die Lage auf dem Arbeitsmarkt 72
2. Die Lohnfrage 73
A) Der Lohn in der Theorie 73
B) Der Einfluß der Gewerkschaften 76
C) Löhne und Gehälter 79
3. Die Sozialpolitik 86
A) Die Organisation der Sozialpolitik 86
B) Die sozialen Einrichtungen staatlichen Charakters . . . 87
a) Die Sozialversicherung 87
aa: Allgemeines 87
bb: Statistik der Sozialversicherung 89
cc: Die Beiträge zur Sozialversicherung 91
b) Die übrigen Einrichtungen 96
C) Die sozialen Einrichtungen privaten Charakters 106
Schlußbetrachtung 108
Nachwort
Verzeichnis der verwandten Schriften

Vorwort.

Die Wahl dieses Themas erfolgte nicht willkürlich: Mein Interesse galt schon stets der Papierindustrie, da mein väterliches Unternehmen der Papierverarbeitung angehört.

Aus dem großen Gebiete des Papiergewerbes überhaupt nahm ich die Papierherstellung, die für mich besonders wichtig ist, da sie mir später bei meiner praktischen Tätigkeit als Schlüsselindustrie entgegentritt.

Viele Papier herstellende Fabriken weisen eine Konzentration in vertikaler Form (Vereinigung mit Zellstoff- oder Holzschliffabriken) oder eine Vereinigung mit Karton- und Pappenfabriken auf. Daher war eine genaue Scheidung nötig zwischen Papier herstellender Industrie und Papier erzeugender Industrie. Die letztere umfaßt außer der reinen Papierherstellung noch Holzschliff-, Zellstoff- und Pappenerzeugung.

Meine Untersuchungen sollen sich auf die Papier herstellende Industrie beschränken. Da es natürlich nicht immer möglich war, getrennte Angaben (statistische Zahlen usw.) zu erhalten, habe ich auch dann, wenn das Material nicht allein für die Papierherstellung galt, versucht, die Bedeutung dieses Zweiges gemäß dem gestellten Thema herauszuschälen.

Einleitung.

1. Geschichte des Papiers. *)

Die Kunst des Papiermachens war zuerst den Chinesen bekannt. Von China aus, wo man schon vor 2000 Jahren Papier erzeugte, ist dies Handwerk zum Westen gekommen. Man vermutet, daß die Araber das Papierhandwerk über Vorderasien nach Europa brachten, und von Spanien aus hat es sich im 12. Jahrhundert über Europa verbreitet.

Der Name Papier stammt von Papyrus, einer Sumpfpflanze, aus deren Schaft die alten Aegypter schon Schreibblätter herstellten. Sie spalteten den Schaft in sehr feine Längsstreifen, leimten diese zu Blättern und klebten die Blätter zu Rollen aneinander. Diese Papyrusrollen sind jedoch noch kein Papier in unserem Sinne.

Ursprünglich war das Papier nur Schreibmaterial. Vorher verwandte man als Schreibstoff Pergament oder man machte seine Aufzeichnungen auf Stein und Holz (Runen). Mit der Erfindung der Buchdruckerkunst begann auch die Blütezeit der Papiermacherei, die sich seitdem in unaufhaltsamer Weise fortentwickelt hat.

Der sofort einsetzende Buchdruck verlangte eine Steigerung der Papier-Produktion. Ende des 17. Jahrhunderts erschienen die ersten Tageszeitungen (Leipziger Zeitung 1660), ein halbes Jahrhundert später die ersten Zeitschriften. Auch die Einführung des Papiergeldes in den europäischen Staaten

*) vgl. Stefan Mierginski, Die Papierfabrikation, Wien-Pest 1883

seit dem 18. Jahrhundert (John Law in Frankreich 1720) hat belebend auf die Papierherstellung gewirkt. Und abermals stieg der Bedarf an Papier durch die Einführung der Post im heutigen Sinne.

Finden wir bislang das Papier nur als Schreib-, bezw. Druck-Papier, so bleibt es der neueren Zeit vorbehalten, andere Verwendungsmöglichkeiten zu schaffen. Buntglas-Papier, Pack-Papier, Tapeten, Karton, Pappe seien hier nur genannt. Und als letzte Erfindung ist das Papiergarn zu erwähnen, das hauptsächlich im Kriege als Ersatz für Baumwolle und Jute zur Herstellung von Geweben diente, aus denen sogar Kleidungsstücke gefertigt wurden.

2. Geschichte der Papier-Herstellung.

A) Die Papiermühle.

Die ursprüngliche Art der Papier-Herstellung war die Handpapiermacherei, die sich in Deutschland bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten hat. Betriebsmittel war Wasser. Der Besitzer einer Papiermühle kaufte den Rohstoff, der damals ausschließlich aus Lumpen bestand, selbst ein. Später stellte er dazu Leute an, die Lumpensammler. Es scheint ein großer Mangel an Lumpen geherrscht zu haben, denn sogar die Obrigkeit wird in Anspruch genommen, um die Sammler an Eidesstatt zu verpflichten, nur für ihren Auftraggeber zu sammeln, und Fremden das Einkaufen gänzlich zu verwehren. Ein anschauliches Bild einer alten Papiermühle gibt Heino Castorf in einem Artikel, der in der Festschrift des Vereins deutscher Papier-Fabrikanten aus dem Jahre 1922 erschienen ist:

„Zumeist im Gebüsch versteckt am plätschernden Bach gelegen, entzog sich die Papiermühle lang dem Blick des Wanderers, und nur das Geklapper der Stampfgeschirre verriet ihre Nähe. Wohnung und Werkstatt waren zumeist

unter einem Dache. Das hölzerne Wasserrad drehte sich unter dem sprühenden Wasserstrome, die Dauben der Welle hoben die Stampfer, die eisenbeschuht auf die widerstrebenden Lumpen niederschmetterten und sie nach etwa 12stündiger Arbeit zu Brei zermalmten. An den Bütten standen braun-, bezw. grünbeschürzt — braun die Stampfer, grün die Glätter — die Gesellen, schöpften und gautschten, während der Leger die Filze warf und Bogen um Bogen aufeinander brachte. Alles ging im Takt, wie spielend. Dort der flüssige Brei, hier, drei Schritte entfernt, das fertige Papierblatt. Dazwischen brodelte und dampfte das Wasser, von der kupfernen Blase erwärmt, denn so „schmierig" war der Stoff, daß er kalt nicht verarbeitet werden konnte. Zwei hölzerne Spindelpressen standen in der Werkstube. Eine, um den Puscht zu pressen, die andere, um das aufeinandergelegte Papier, bevor es zum Trockenboden kommt, noch einmal zu entwässern. An der Form ihres Dachstuhls war jede Papiermühle leicht zu erkennen. Die Seitenflächen des spitzen Ziegel- oder Schindeldaches enthielten stufenförmige Erhöhungen, die mit einer Anzahl leicht zu öffnender und zu schließender Luken versehen waren, damit die Luft freien Zutritt in den Bodenraum hatte. Das Innere des Bodens enthielt mehrere übereinanderlaufende Reihen gespannter Stricke oder nebeneinanderhängender Lattenwerke. Vierzöllige Lagen des nassen Papieres wurden in der Mitte mit einer Handhabe gefaßt, auf die Stricke oder Stäbe gehangen und dort bis zur völligen Trockenheit belassen. Auf die Beobachtung des Wetters mußten sich die Papiermüller gut verstehen, denn kam in der Nacht ein plötzlicher Sturm und fegte durch die offenen Luken, so zerzauste er unbarmherzig das mühsam hergestellte Fabrikat und warf es auf den staubigen Boden, während die trockenen Blätter auch wohl hinausflogen in Feld und Wald als zerrissene Fetzen. Nach dem Trocknen machte das Schreibpapier noch

viel Arbeit. Es mußte zunächst geleimt werden, und zwar wurde dieser Leim durch Abkochen von sauber gewaschenen Schafs- und Kalbsfüßen gewonnen. Das Papier wurde darauf handvoll in den Leim getaucht und kunstgerecht so geschwenkt, daß sich sämtliche Bogen mit der Flüssigkeit tränken konnten. Nun wurde wieder gepreßt, getrocknet, geschält, mit Messer und Bimsstein ausgeknotet, auf einem glatten Stein mit einem rundlichen Holz geglättet, gezählt, gepreßt, auf dem Buchbinderhobel beschnitten und endlich gepackt. Im Winter war es wegen des Frostes nicht möglich, geleimte Papiere zu fertigen. Da beschäftigte man sich mit Schrenz- und Druckpapier, bei welchen Sorten der Frost auf die Weiße günstig einwirkte."

B) Die wichtigsten Erfindungen.

Die Einführung der neuen holländischen Geschirre, „Holländer", des Lumpenschneiders und der Chlorbleiche hatten schon einen riesigen Einfluß auf die Papiermacherei. Jedoch von größter Bedeutung war die Erfindung der Papier-Maschine, die in ganz kurzer Zeit bewirkte, daß aus einem handwerksmäßig betriebenen Gewerbe eine der größten Industrien wurde. 1799 erfand der Werkführer Louis Robert in Essonne bei Paris die Papiermaschine, die allerdings noch mit der Hand angetrieben wurde. Bryan Donkin führte wesentliche Verbesserungen an dieser Maschine ein und brachte im Jahre 1804 seine erste Langsieb-Maschine in England in Gang. Immer weiter geht jetzt die Vervollkommnung dieser Erfindung. Die Konstruktionen des Engländers Bramah und des Deutschen Leistenschneider führen zur heutigen Rundsieb-Maschine. Wiederum ein Deutscher, Adolf Keferstein, konstruierte 1819 die erste Maschine, die das Papier durch dampfgeheizte Zylinder trocknete. 1827 wird der Egoutteur erfunden, und 1829 der Frankesche Knotenfänger. Für die

Herstellung gut gewickelter Rollen für den Rotationsdruck der Zeitungen war die Erfindung des Bischoffrollers von größter Wichtigkeit.

Hand in Hand mit diesen Erfindungen gehen Verbesserungen und Umwälzungen auf dem Gebiete des Rohmaterials. Der Papiermacher Illig erfand die Harzleimung, welche er in seiner Schrift aus dem Jahre 1806 bekannt gibt: „Anleitung auf eine sichere, einfache und wohlfeile Art Papier in der Masse zu leimen. Als Beitrag zur Papiermacherkunst."

Mit der Produktionssteigerung macht sich ein immer größer werdender Mangel an Rohstoff, das heißt an Lumpen bemerkbar. Schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts war man bemüht, einen Ersatzstoff zu finden. Alle Versuche waren jedoch ohne Erfolg. Ja, Leute wie Pastor Dr. Schäffer aus Regensburg und Prof. Klaproht aus Göttingen, die aus Pflanzenstoffen und Altpapier Papier herstellen wollten, fanden nur Ablehnung in Papiermacherkreisen. Erst 1840 erfand der sächsische Weber Keller den Holzschliff, Völter erbaute 10 Jahre später die erste Holzschleifmaschine. 1861 wird in Hütten bei Königstein die erste Holzstoff-Fabrik errichtet. Der Holzstoff konnte jedoch nicht immer die Lumpen voll ersetzen, welche namentlich für feinere Papiersorten nach wie vor als Rohmaterial dienen. Und es wurden immer neue Versuche auf diesem Gebiete angestellt, die schließlich von Erfolg gekrönt waren. 1870 und 1871 kommen Strohstoff und Natronzellulose auf. Professor A. Mitscherlich in Hannover-Münden endlich arbeitet an einer noch unvollkommenen Entdeckung des Amerikaners Tilghmann weiter mit dem Ergebnis, daß er die Verwendung von Sulfitzellstoff zur Papierfabrikation möglich macht. Holzschliff und Zellstoff verdrängen immer mehr die Lumpen, und die Papierfabrikation, nun nicht mehr abhängig von einem einzigen Rohstoff, der nur in begrenzten Mengen zu haben war, kann sich frei entfalten.

I. TEIL:

Die Entwicklung der deutschen Papierindustrie.

1. Die Handpapiermacherei.

Zu Beginn des 14. Jahrhunderts wird das Papier in Deutschland bekannt. Wir haben aus dieser Zeit einen Fehdebrief, der in deutscher Sprache auf Papier geschrieben ist. Da ein Wasserzeichen fehlt, läßt sich die Herkunft des dazu verwandten Papieres nicht feststellen.

Um dieselbe Zeit beginnt auch die Papiererzeugung in Deutschland. Der erste deutsche Papiermacher ist nachweislich der Nürnberger Ratmann Ulman Stromer (1329 bis 1407). Sein auf Papier eigenhändig geschriebenes Tagebuch enthält die Gründungsbeschreibung seiner Papiermühle in dem Kapitel: „Puchel von mein geslechet und von aventewer".

Bis ins 19. Jahrhundert ist die Papierherstellung unverändert geblieben. Weder Verbesserungen an Maschinen noch Verbesserungen oder Veränderungen der Rohstoffe sind in dieser Zeit festzustellen. Wenn trotzdem die Güte des Papiers zugenommen hat, so ist dies nur auf die immer größer werdende Geschicklichkeit der Handwerker zurückzuführen.

Die Zahl der Bütten dürfte ihren Höchststand um 1800 mit einer Zahl von rund 1500 erreicht haben. Mit dem Vordringen der Papiermaschine, die schließlich die Umwandlung

des Handwerks zur Industrie brachte, geht die Zahl der Bütten und damit auch die Zahl der handwerksmäßigen Papiermacherbetriebe zurück.

Jahr	Zahl der Bütten
1840	1500
1846	1034
1910	74
1924	50
1927	25

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß die Handpapiermacherei heute praktisch ausgestorben ist. Nur vereinzelt wird Liebhaberpapier noch mit der Hand hergestellt.

2. Die Papierindustrie.

A) Das Gesetz der Massenproduktion.

Die gewaltige Entwicklung auf technischem Gebiete hat auch Umwälzungen in den Formen der Gewerbebetriebe hervorgerufen: Aus dem Handwerks- ist der Fabrikbetrieb entstanden. Die kleinen Betriebe sind im steten Rückgang begriffen, während die großen sich vermehren, allerdings nicht in demselben Maße, wie die kleinen abnehmen. Und so finden wir, daß die Zahl der in der Industrie Beschäftigten zunimmt, wogegen die Zahl der Gewerbebetriebe abnimmt.

Die Ursache dieser Erscheinung liegt zunächst einmal auf rein „kapitalistischem" Gebiete. Von den Vorteilen eines Großunternehmens seien erwähnt: Billiger Einkauf der Rohstoffe, Arbeitsteilung, relativ geringere Generalunkosten, Krediterlangung.

Die größte Rolle spielen jedoch die unterschiedlichen Produktionskosten bei Unternehmungen verschiedener Größe: Das Verhältnis von konstanten und variablen Kosten. Beim

Handwerk sind die konstanten Kosten sehr gering, ja, sie können sogar so klein sein, daß sie nicht mehr ins Gewicht fallen. Eine Fabrikanlage mit ihrem Grund und Boden, ihren Gebäuden, Maschinen hat dagegen sehr hohe konstante Kosten. Während sich nun die variablen Kosten (Löhne, Rohstoffe usw.) je nach der Produktion richten, bleiben die konstanten stets gleich, und so ergibt es sich, daß sie relativ geringer sind, wenn die Produktionsmasse zunimmt. Dieses Gesetz der Massenproduktion hat Bücher wie folgt zusammengefaßt: [1])

„Das vollkommenere Produktionsverfahren, zur Herstellung einzelner Exemplare angewandt, ist teurer als das unvollkommene; die Produktionskosten sinken aber mit der zunehmenden Zahl der Exemplare und werden erst dann niedriger als die Produktionskosten des unvollkommenen Verfahrens, wenn die herzustellende Ware eine bestimmte (im Einzelfalle empirisch festzustellende) Masse nicht mehr unterschreitet. Die Grenze, von der ab es vorteilhaft zu werden beginnt, heiße die Nutzschwelle der Massenproduktion. Sie liegt um so höher, je größer der Anteil der konstanten Kosten an den Gesamtherstellungskosten ist.

Von der Nutzschwelle ab vermindern sich die Produktionskosten weiter mit der Zunahme der Produktmasse.

Diese Kostenminderung vollzieht sich jedoch im allgemeinen langsamer, als die Produktmasse steigt, und verlangsamt sich um so mehr, je größer die Masse wird. Schließlich wird eine Grenze erreicht, bei der eine weitere Steigerung der Masse keinen ökonomisch ins Gewicht fallenden Vorteil mehr bieten kann. Unmittelbar unter dieser Nutzgrenze liegt die Nutzhöhe der Massenproduktion."

Hieraus folgt die oben angedeutete Entwicklung. Der

1) Bücher, „Die Entstehung der Volkswirtschaft." zweite Sammlung S. 103

Gewerbebetriebe	1882	1895	1907	Zu-, bezw. Abnahme 1)	
				1882/95	1895/1907
				in Prozent	
überhaupt	2270339	2146972	2086368	− 5.4	− 2.8
2-5 Personen	745392	752223	875518	+ 0.9	+ 16.4
6 und mehr Personen	94482	157400	216107	+ 66.6	+ 37.3
Alleinbetriebe	1430465	1237349	994743	− 13.5	− 24.4
Betriebe				2)	
überhaupt	5933663	8000503	10852873	+ 34.8	+ 35.6
2-5 Personen	1839933	1953776	2105361	+ 6.2	+ 7.8
6-50 "	1109128	1902049	2714664	+ 71.5	+ 42.7
über 50 " Personen	1554131	2907329	4937927	+ 87.1	+ 69.8
					3)

	1925		früheres Reichsgebiet		1907 jetziges Reichsgebiet		1925/1907 jetz. Reichsg. Zu- od. Abnahme	
	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.
Industrie und Handwerk	1921968	12626776	2251098	10701770	2084170	9799207	− 7.8	+ 28.9
Gewerbe überhaupt	3599594	17305821	3987298	14265605	3686122	13119381	− 2.3	+ 31.9

1) vgl. Bücher Die Entstehung der Volkswirtschaft, Seite 89 (2. Sammlung)
2) " " " " " "
3) " Statistisches Jahrbuch 1929, S. 100 " " "

Fabrikbetrieb verdrängt dort den Handwerksbetrieb, wo es sich um Massenherstellung handelt. Und vom Kleinunternehmen geht die Entwicklung weiter zum Großunternehmen.

B) Der Stand der Papierindustrie.

Für die Papierindustrie gilt das Gesetz, das Bücher aufgestellt hat, natürlich auch. Die konstanten Kosten (sehr teure Maschinen, hohe Wasserbenützungsgebühren, große und massiv ausgeführte Fabrikräume) sind derart hoch, daß nur eine Massenproduktion den Betrieb rentabel gestalten kann. Wenn trotzdem die Zahl der Kleinbetriebe gegenüber derjenigen der Großbetriebe sehr hoch ist, so ist damit nicht das Gegenteil erwiesen. Denn auch die Kleinbetriebe arbeiten schon vollkommen nach dem Gesetz der Massenproduktion, und eine vermehrte Produktion würde sich unrentabel gestalten, wenn nicht eine Erhöhung der konstanten Kosten (Anschaffung neuer Maschinen usw.) erfolgen würde.

Die Entwicklung von der Handpapiermacherei, dem handwerksmäßigen Betriebe, zur maschinellen Herstellung, der Industrie, erfolgte in sehr kurzer Zeit. 1819 wird die erste Papiermaschine in Deutschland aufgestellt. Folgende Tabelle zeigt die weitere Entwicklung:

Jahr:	Zahl der Maschinen:
1819	1
1840	25
1846	117
1924	792
1927	806

Die Zahl der Papierfabriken in Deutschland beträgt 355, die der in der Papierfabrikation beschäftigten Personen 57750. Um zu zeigen, wie auch für die Papierindustrie das oben Gesagte gilt, lasse ich einige Vergleichszahlen folgen:

Jahr:	Zahl der Fabriken:	Zahl der Arbeiter:
1897	488	38026
1900	476	40542
1905	481	45982
1910	495	52673
1915	475	43088
1920	441	47446
1927	355	57750

Die Einteilung der Papierfabriken in Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe ergibt:

Kleinbetriebe	(bis 10 Tonnen täglich)	202
Mittelbetriebe	(10-100 „ „)	144
Großbetriebe	(über 100 „ „)	9

Eine Papiermühle der alten Zeit mit etwa 20 Arbeitern konnte täglich 100 kg Papier erzeugen, während eine einzige Papiermaschine heute bereits 3000 mal soviel erzeugt. Wenn man fernerhin berücksichtigt, daß um 1800 die Gesamterzeugung an Papier in Deutschland etwa 15000 Tonnen betrug, während die heutige Jahresproduktion ungefähr bei 2 Millionen Tonnen liegt, kann man sich einen Begriff machen von dem gewaltigen Fortschritt, den die Papierindustrie in den letzten 100 Jahren gemacht hat.

Innerhalb der deutschen Wirtschaft nimmt die Papierindustrie eine sehr beachtliche Stellung ein. Auch hier mögen wieder Vergleichszahlen besser als Worte dienen:

Produkt:	Wert der Erzeugung im Jahre 1927 in 1000 Mark
Papier	893303
Steinkohle	1903463
Roheisen	879065
Braunkohle	389377

Mit Eisen zusammen steht Papier im Wert der Erzeugung an zweiter Stelle hinter Kohle. Und in weitem Abstand folgt dann erst Braunkohle.

II. TEIL:

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Papierindustrie.

1. Der Produktionsprozeß.

A) Allgemeines.

Den Begriff der Produktion kann man zerlegen in den Begriff der technischen und der wirtschaftlichen Produktion.

Nach Philippovich ist Produktion im technischen Sinne die bewußte Herstellung eines brauchbaren Erzeugnisses.

Produktion im wirtschaftlichen Sinne liegt erst dann vor, wenn zu einer rein technischen Produktion noch der Erwerbswille des Produzenten hinzutritt. Kommt es bei der technischen Produktion darauf an, neue Güter zu schaffen, so müssen bei der wirtschaftlichen Produktion neue Werte entstehen.

Bei der wirtschaftlichen Produktion dürfen die Kosten nicht höher sein als der Ertrag des produzierten Gutes, soll die Produktion rentabel sein. Somit ist es notwendig, daß die Produktion nach dem Casselschen Prinzip des kleinsten Mittels durchgeführt wird. Die praktische Verwertung des Prinzips des kleinsten Mittels ist die Rationalisierung, die wiederum gekennzeichnet ist durch die Faktoren: Standort, industrielle Konzentration und Fließarbeit.

Es beschränken sich die Produktion nicht auf die Herstellung und die Konsumtion nicht auf die Zerstörung von Gütern. Beide Prozesse liegen auch dann vor, wenn sich die Form eines Gutes verändert.

B) Der technische Produktionsprozeß.

Die Papierherstellung ist derart kompliziert, daß für eine genaue Darstellung des Arbeitsvorganges im technischen Sinne eine Beschreibung notwendig ist, die wohl den Rahmen dieser Arbeit überschreiten dürfte. Die folgende Schilderung der technischen Produktion ist absichtlich vollkommen laienhaft gehalten und entbehrt der Einzelheiten.

Die Rohstoffe zur Papierherstellung sind: Lumpen, Zellstoff, der aus Holz, Stroh oder Gräsern chemisch aufgeschlossen ist, und Holzschliff, der mechanisch aus Holz aufgeschlossen ist.

Während Zellstoff und Holzschliff schon Halbstoffe sind, sind Lumpen, auch Hadern genannt, noch reiner Rohstoff. Sie müssen zunächst gereinigt werden durch Kochen in großen, rotierenden Druckkochern unter Zusatz von Kalkmilch oder Soda, bezw. Aetznatronsäure; dann werden sie zerkleinert im Halbzeugholländer, der nicht wie die alten Maschinen die Zerkleinerung durch Stampfen sondern durch Mahlen besorgt.

Das Halbzeug kommt darauf in den Ganzzeugholländer, wo es unter Zusatz von Füllstoffen, Farben und Leim zu Ganzzeug verarbeitet wird.

Die Bildung des Papierblattes erfolgt entweder durch Handarbeit (Büttenpapier) oder auf der Maschine. Die Handpapierfabrikation hat gegenüber der maschinellen den Nachteil, daß sie langsamer und teurer ist, ferner daß das Papier in der Größe beschränkt ist. Daher gibt es heute fast nur noch Maschinenpapier. Im Grundprinzip ist natürlich die Herstellung dieselbe. Und um sie verständlich darzustellen, beschreibe ich nur die Handpapiermacherei.

Das Ganzzeug läßt man zunächst in eine Bütte ab, in der es ein Rührapparat fortwährend in Bewegung hält. Ein Bütt-Geselle oder Schöpfer schöpft aus der Bütte den Faserbrei in eine Form und schüttelt solange, bis das Wasser

abgelaufen ist. Die Form besteht aus einem hölzernen Rahmen mit einem darüber gespannten Drahtsieb und einem abnehmbaren Deckel, dessen Höhe die Stoffmenge abmißt. Nach dem Schütteln schiebt der Schöpfer die Form auf dem Büttenbrett einem Gehilfen zu, der es mit dem Papierblatt nach unten — der Deckel der Form wurde vorher entfernt — auf ein Stück Filz (Gautschen oder Kautschen) drückt. Die Form wird darauf abgenommen, während das Papier auf dem Filz liegen bleibt. Darauf stellt man durch abwechselndes Übereinanderschichten von Filz und Papier einen Stoß von 180 Bogen und 181 Filzen her (Wauscht, Pauscht, Buscht), preßt denselben, nimmt ihn auseinander, entfernt die Filze, unterwirft das Papier einer zweiten Pressung und hängt es in den Trockenraum. Dieses Papier eignet sich aber noch nicht zum Schreiben, da die daraufgebrachte Flüssigkeit zerrinnt. Darum leimt man das Papier, indem man es bündelweise in eine warme, alaunhaltige Lösung von Leim taucht. Die geleimten Bogen werden wiederum gepreßt, getrocknet und in Kalandern geglättet.

Bei der Handpapiermacherei ist damit das Papier gebrauchsfähig, während die Papiermaschine ein sehr breites und langes Papierband liefert, das erst noch durch die Schneidmaschine in die richtige Form geschnitten werden muß.

Das Wasserzeichen im Papier entsteht dadurch, daß auf der Form ein Draht aufgenäht ist, der die Form des Wasserzeichens hat. Dadurch wird das Papier an dieser Stelle dünner und somit durchscheinender.

C) Die wirtschaftliche Produktion.

a) Die Preisbildung.

aa: Allgemeines.

In seinem Produktionskostengesetz behauptet Adam Smith, daß bei beliebig vermehrbaren Gütern der Preis nicht durch Angebot und Nachfrage, sondern durch die Kosten der

Wiederherstellung bestimmt wird. Diese Reproduktionskosten setzen sich zusammen aus: 1. Materialkosten, 2. Transportkosten, 3. Löhne, 4. Kommerzieller Vertrieb (Verkauf, Verwaltung, Reklame), 5. Risikoprämie und 6. Zinsen und Gewinn.

Der Unternehmer hat also bei der Festsetzung seiner Preise alle diese Faktoren zu beachten und richtig einzuschätzen. Von der Kalkulationsfähigkeit des Unternehmers hängt wesentlich Bestehen oder Nichtbestehen, Wohl und Wehe des Betriebes ab.

Bei den Preisen haben wir zu unterscheiden zwischen Monopol- und Konkurrenzpreisen. Bei den ersteren hat — scheinbar — der einzelne nicht mehr zu kalkulieren. Er hat eben jene Preise zu fordern, die der Verband, dem er angehört, fordert. Abgesehen natürlich von dem Fall, wo der einzelne das Monopol hat, der, da er für uns praktisch nicht in Frage kommt, auch hier nicht näher betrachtet werden braucht.

Aber die Macht des Kartells geht doch nicht so weit, einen beliebigen Preis durchsetzen zu können. Die Unpersönlichkeit des üblichen Preiskartells, das drohend hinter seinen Mitgliedern steht, kann, kurz gesagt, die persönliche Einsicht und Verantwortung der Mitglieder, denen das Bewußtsein: „Deine eigene Sache ist es, die Du tust", innewohnen muß, nicht ersetzen.

Ein Kartellpreis ist vielmehr, auch wenn er Monopolpreis ist, ein Einigungspreis der dem Kartell angeschlossenen Mitglieder. Entstanden ist er durch offenes Geständnis der Kalkulation des einzelnen. Nur durch Vergleich, wobei Kalkulationsirrtümer oder -unrichtigkeiten aufgedeckt werden, kann der gemeinsame Preis bestimmt werden.

Es ist für jeden Betrieb die Kalkulation verschieden, bestimmt durch Lohnunterschiede, Steuerunterschiede, Transportkosten

usw. Die Kalkulation im oben beschriebenen Sinne tritt uns deshalb als eine Kollektiverscheinung entgegen.

Bei den Konkurrenzpreisen dagegen macht jeder seine Selbstkostenrechnung für sich und bestimmt allein den Preis. Bei richtig durchgeführter Berechnung ergeben sich natürlich Unterschiede in der Preisbildung. Denn es hat der technisch und organisatorisch besser eingerichtete Betrieb, der nach dem Prinzip des kleinsten Mittels arbeitet, weitaus geringere Produktions- und Reproduktionskosten (relativ gerechnet) als ein anderer Betrieb. Damit ist eine Abhängigkeit gegeben, die soweit geht, daß der errechnete Preis bedeutend höher als der erzielte ist, wenn eben auf Grund der Konkurrenzpreise der selbsterrechnete Preis herabgesetzt werden muß.

Daraus muß geschlossen werden, daß entweder die Kalkulation falsch war oder die Produktionskosten zu hoch sind. Und es muß geprüft werden, an welcher Stelle und durch welche Maßnahmen diese Kosten gesenkt werden könnten.

Neben diesem Preisunterschied gibt es auch noch jenen, der durch die Preisschleuderei hervorgerufen wird, und der in der Praxis eine bedeutende Rolle spielt. Ist in erstem Falle der Preisunterschied auf die verschiedene Höhe der Produktionskosten zurückzuführen — und diese wiederum auf die mehr oder minder große Geschicklichkeit oder Tüchtigkeit des Unternehmers — so ist die Preisschleuderei gewissermaßen eine wirtschaftlich strafbare Handlung. Denn hier baut sich der Preis nicht auf Kalkulation auf, sondern er wird willkürlich bestimmt. Der Zweck, die Konkurrenz durch Unterbietung zu ruinieren, wird in sehr vielen Fällen erreicht. In den meisten Fällen liegt der Schaden aber bei dem unterbietenden Unternehmer selbst, der, die Gesetze der Rentabilität verachtend, sich selbst das Grab gräbt.

bb: Die Kalkulation.

Vom Standpunkt der Kalkulation aus betrachtet, ist die Papierindustrie rohstoff- und kapitalorientiert. Vor allem macht sich gegenüber den Löhnen der hohe Prozentsatz der Rohstoffkosten und der Abschreibungssätze (sehr teure Maschinen, sehr große und massiv ausgeführte Bauten) bemerkbar.

Die Rohstoffkosten schwanken außerordentlich. Bei Holz liegt dies zunächst in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage begründet. Im Winter sind die Preise bedeutend höher als im Sommer. Und vor allem ein kalter Winter mit bedeutendem Brennholzverbrauch kann die Preise sehr steigern. Zum andern spielt die Fracht eine große Rolle. Gerade bei Holz sucht man möglichst den teuren Eisenbahnweg zu vermeiden und benutzt dafür den Wasserweg. Hochwasser, Eis usw. können aber den Wasserweg unbenutzbar machen.

Die Lumpen unterliegen stark spekulativem Einfluß. Ein einheitlicher Marktpreis besteht nicht, da jeder Händler wieder andere Waren führt und der Preis von allerlei Zufälligkeiten abhängt. Man kann meist nur die Tendenz erkennen, die der Preis einschlagen will, und wählt deshalb als Ausgangspunkt für die Verrechnungspreise einen gemittelten Preis, wobei man die Spitzen nach oben und unten nicht berücksichtigt und je nach der Marktlage nach oben oder unten abrundet.

Die Einsetzung der Rohstoffkosten bedarf also einer sehr geschickten Vorkalkulation.

Als zweiter Posten kommen die Regiekosten, die wiederum zerfallen in: Lohn, Kraft und Wärme, Wasser, Hilfsmaterial, Reparaturen, Abschreibungen, Zinsen, Gewinnkosten und Steuern. Die Löhne als fixe Kostenbestandteile sind leicht zu kalkulieren. Eine Ausnahme bilden allerdings die

Prämienlöhne, die von einer gewissen Höhe ab die vorherige Aufstellung eines Etats erschweren, andererseits sich natürlich auch wiederum in der Mehrleistung auswirken.

Die Verteilung der Kosten für Kraft und Wärme gestaltet sich aus dem Grunde schwierig, da eine Papierfabrik sehr kompliziert ist und meist mehrere Kraftstationen bestehen. Es gibt Betriebe mit Wasser-, Dampf- und elektrischer Kraft.

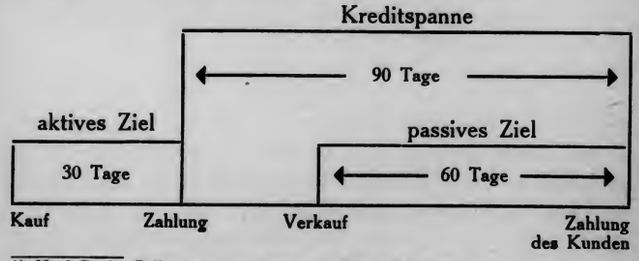
Wasser- und Abwasseranlagen spielen eine bedeutende Rolle, und das in ihnen investierte Kapital ist im Verhältnis zum Gesamtkapital sehr hoch. Ebenfalls der Verbrauch an Wasser ist erheblich.

Das Hilfsmaterial (Siebe, Filze, Schmieröl usw.) beträgt oft bis zu 15% der Regiekosten.

Ich habe schon von dem hohen investierten Kapital gesprochen. Dies bedingt eine bedeutende Abschreibung, die am Gesamtumsatz bemessen sehr hoch ist. Nehmen wir z. B. einen Einheitsabschreibungssatz von 5% jährlich, so kann man annehmen, daß dies immerhin auch 5% des Umsatzes für Feinpapierfabriken ausmacht.

Die Zinsen dürften durchschnittlich denselben Betrag wie die Abschreibungen ausmachen. Wichtig ist hier das Ziel, das man gibt und erhält.

Beck[1]) errechnet, daß für die Papierfabriken 90 Tage durch eigene Mittel oder Kredit zu decken sind.



1) Karl Beck, Selbstkostenrechnung in Papierfabriken.

Angenommen, der gekaufte Rohstoff muß in 30 Tagen bezahlt werden, für die Herstellung des Papiers braucht man durchschnittlich 60 Tage, der Kunde zahlt normalerweise in weiteren 60 Tagen, so ergibt sich nach umseitigem Schema eine Kreditspanne von 90 Tagen.

Die steuerliche Belastung muß ganz besonders beachtet werden. Man muß unterscheiden:

1. Objektsteuern (Gewerbe-, Vermögens-, Grund-, Hauszinssteuer), die ohne Rücksicht auf den Ertrag erhoben werden, daher abzuwälzen sind.
2. Verkehrssteuern (Umsatzsteuer).
3. Sondersteuern (z. B. Grunderwerbssteuer).
4. Ertragssteuern (Einkommen- und Körperschaftssteuer).

Zu diesen Regiekosten kommen bei der Weiterverarbeitung (Kalandern, Schneiden, Sortieren, Linieren usw.) eigentlich nur noch Lohnkosten in Betracht.

Die Kosten für Verkauf und Verwaltung sind für die Papierindustrie gleich wie bei der Durchschnittsindustrie. Man kann diese Vertriebskosten einteilen in:

1. Packungskosten,
2. Versandkosten,
3. Personalkosten,
4. sonstige Bürokosten,
5. Reklamekosten,
6. Lagerkosten,
7. sonstige Kosten.

Betrachten wir die einzelnen Produktionskosten, so finden wir eigentlich bei allen keine Besonderheiten, die bedeutende Schwierigkeiten in der Kalkulation machen. Wenn auch Rohstoffeinkauf und Abschreibung die Preisbildung wesentlich beeinflussen, so ist damit nicht gesagt, daß die innere Organisation — technisch und wirtschaftlich — vernachlässigt werden darf.

cc: Preisstatistik.

Um uns ein Bild zu machen von der Preisbewegung in der Papierindustrie genügt es, wenn wir die Preise für eine Sorte Papier betrachten. Es würde zu weit gehen, wollten wir für jede Papiersorte eine eingehende Preisuntersuchung durchführen. Allein die statistischen Aufzeichnungen würden dann einen bedeutenden Umfang annehmen, was weit über den Rahmen dieser Arbeit gehen würde, da sie uns nur ein allgemeines Bild von der Papierindustrie geben soll.

Aus diesem Grunde habe ich meine Untersuchungen auf die wichtigste Papiersorte, das Druckpapier, beschränkt.

Die Preise für Druckpapier sind Kartellpreise, die der seit 1900 bestehende Verein Deutscher Druckpapierfabriken festlegt. Auf die Bedeutung der Kartellpreise im allgemeinen ging ich schon zu Anfang dieses Kapitels ein, auf die Bedeutung dieses Kartells und seiner Machtstellung auf dem Markt spreche ich noch in einem späteren Abschnitt.

Die Preisentwicklung zeigt folgendes Bild:

Preis für 100 kg Zeitungsdruckpapier

Jahr	Preis	Jahr	Preis
1872	73.84	1901	25.50
1873	69.34	1902	22.75
1875	65.—	1904	21.34
1880	45.—	1906	22.—
1885	32.—	1908	21.50
1890	28.50	1912	21.—
1895	21.92	1914	20.50
1896	22.—	1925	33.50
1897	20.62	1926	32.50
1900	23.—	1927	31.—

Wir sehen bis zum Kriege ein ziemlich gleichmäßiges Sinken der Preise, die 1914 ihren Tiefstand erreichen.

1925 haben wir wieder ungefähr die gleichen Preise wie vor 40 Jahren. Seitdem hat erneut ein Sinken der Preise eingesetzt.

Zwischen der Presse und dem Druckpapierverband besteht seit der Gründung des letzteren ein Kampf, der auch heute noch nicht erloschen ist, im Gegenteil in schärfster Weise fortgeführt wird. Interessant ist eine Denkschrift, die der Verband kurz nach seiner Gründung herausgab und die auch heute noch — natürlich mit den berichtigten Zahlen — Geltung hat.

„Papierpreise! Zahlen reden!

Nachdem uns die Presse ihre Spalten für jede auch noch so ruhige und sachliche Erklärung über die absolute Notwendigkeit der Papierpreiserhöhung verschlossen hatte, sahen wir uns vor kurzem genötigt, im Wege der Insertion das Publikum über die Lage der Papierindustrie aufzuklären und auf die Einseitigkeit der gegen sie gerichteten Angriffe hinzuweisen. Hierauf sind nun wieder in einer Reihe von Tagesblättern anfeindende Artikel mit geradezu bösartigen Entstellungen erschienen, die wiederholt darauf hinzielen, die Papierfabrikanten in den Augen des Publikums grenzenloser und schmählicher Bereicherungssucht zu verdächtigen. Wir möchten demgegenüber nur anführen, daß z. B.

gewöhnliches Zeitungsdruckpapier im Jahre 1870 60 Pfg.
" " " " 1880 50 "
" " " " 1890 27-28 "
" " " " 1900 20 "

je Kilogramm gekostet hat, während Löhne, Holz, Holzstoff und Kohlen beinahe im umgekehrten Verhältnis gestiegen sind.

Wenn nun auch die Druckpapierindustrie sich alle Mühe gab, durch Benutzung der außerordentlich vervollkommneten technischen Einrichtungen die Fabrikationskosten zu verringern, so konnte dies doch die ungeheure Steigerung der Rohmaterialpreise nicht entfernt ausgleichen.

Es wird dies genügen, um jedem Laien zum Bewußtsein zu bringen, daß das Bestreben z. B. der Druckpapierfabrikanten, einen Preis von 27 Pfg. je Kilogramm frei Berlin zu erzielen, nicht auf gewissenlose Gewinnsucht der betreffenden Fabrikanten zurückzuführen ist, sondern daß diese Erhöhung des Preises Pflicht der Selbsterhaltung eines bedeutenden Industriezweiges ist, der vielen Tausenden von Arbeitern Brot gibt."

Wie gedrückt die Preise auch heute noch sind, geht aus folgendem Satz des Geschäftsberichtes eines großen Unternehmens hervor:

„Die Gewinnspanne am Kilogramm Fabrikat ist auf einen Tiefstand herabgedrückt, der wirtschaftlich ungesund und auf die Dauer auch für die Allgemeinheit bedrohlich ist."

Die Indexziffer betrug 1925 (gegenüber 1913) noch 158,6, während sie 1927 150,1 beträgt, wohingegen der Gesamtindex der Rohstoffe und Halbwaren in der gleichen Zeit von 141 auf 131,9 fällt.

Aber selbst in Ländern wie Schweden, Kanada, wo die Grundlagen für die Papierindustrie außerordentlich günstig sind, und wo nicht wie bei uns die Wirkungen des Krieges sich so bemerkbar machen, finden wir eine ähnliche Preisentwicklung.

Preise für 100 kg Zeitungsdruckpapier in Mark

Land	1913	1925	1926	1927
Deutschland	21.—	33.50	32.50	31.--
Schweden	22.50	29.25	30.38	28.13
Kanada	15.54	28.94	27.20	26.87

Die schwedischen Preise weichen nicht wesentlich von den deutschen ab. Allerdings ist eine Verschiebung entstanden, indem heute Schweden billiger produziert, während

wir vor dem Kriege die niedrigeren Preise hatten. Diese Tatsache hängt aber mit den schon angedeuteten und allgemein bekannten wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen.

In Kanada sind die Preise — relativ — noch mehr gestiegen als bei uns. Es dürfte dieses ein Beweis sein, daß sich die — gegenüber anderen deutschen Produkten — Höhe der Papierpreise aus besonderen,für die Papierindustrie nicht günstigen Umständen ergibt.

b) Die Rentabilität.

aa: Allgemeines.

In der verkehrswirtschaftlichen Organisation der Volkswirtschaft ist die Produktion die Grundlage des Erwerbs. Produktion und Erwerb decken sich nicht. Ihren Unterschied charakterisiert am besten der Unterschied zwischen Produktivität und Rentabilität.

Produktivität ist die sachliche Ergiebigkeit der Produktion.

Rentabilität ist die Ergiebigkeit des Erwerbs.

Von einem wirtschaftlichen Unternehmen verlangen wir, daß es rentabel arbeitet. Wenn dies nicht der Fall ist, hat es seine Existensberechtigung verloren. Praktisch wird das Unternehmen ja dann auch in den meisten Fällen seine Produktion einstellen müssen.

Aeußeres Zeichen der Rentabilität ist der Gewinn, sicheres Zeichen der Reingewinn.

Um also die Rentabilität der Unternehmungen eines Gewerbes festzustellen, müßten wir die Unternehmungsgewinne kennen. Diese sind jedoch kaum oder nur sehr ungenau zu erlangen. Wir müssen uns deshalb an die Zahlen halten, die der Öffentlichkeit bekannt werden. Bei Einzelunternehmungen wird das aber nie der Fall sein. Unsere

Untersuchungen müssen sich deshalb auf die Gesellschaftsunternehmungen beschränken, die durch ihre Bilanzbekanntgabe immerhin einen gewissen Einblick in den Produktionserfolg gewähren.

bb: Rentabilität der Aktien-Gesellschaften.

Die 150 Aktiengesellschaften der Papierindustrie haben ein investiertes Nominalkapital von 265 920 000 Mark.

Bei der Betrachtung der Gewinne der Aktiengesellschaften zeigt sich, daß die Großbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben bedeutend besser abschneiden.

Nominalkapital in Mark	Zahl der A. G.	Aktienkapital zusammen	Dividende zusammen	Dividende % Durchschnitt
bis 1 Million	16	8 712 000	252 300	2.9
1 bis 2 Millionen	21	26 427 000	1 142 900	4,32
2 „ 3 „	8	17 780 000	1 036 000	5.82
3 „ 6 „	10	37 300 000	3 069 000	8.22
über 6 „	7	89 730 000	10 646 000	11.86
Zusammen	62	179 949 000	16 146 200	8.97

Fassen wir die Gesellschaften mit über 6 Millionen Mark Aktienkapital zusammen, so ist ihr Dividendendurchschnitt (11.86%) um 50% höher als der Dividendendurchschnitt der übrigen Gesellschaften (6.09%).

Im Vergleich zu früheren Jahren ist der Gewinn gestiegen.

Jahr	Dividendendurchschnitt
1908	3.87%
1926	7.84%
1927	8.5 %
1928	8.97%

Es muß allerdings der Kursstand der Papiere berücksichtigt werden, an dem gemessen die Rentabilität doch nicht so hoch ist wie beim Nominalkapital. So beträgt der

Dividendendurchschnitt für des Jahr 1927 nach der Börsennotierung der Aktien nur 3.4%. Damit ist auch der Unterschied zwischen der Vor- und Nachkriegs-Dividende gegeben. Denn gegen manche frühere Art der Investierung von Kapital ist man heute abgeneigt (vor allem gegen Staatspapiere, die vor dem Kriege sehr beliebt waren), und das Interesse konzentriert sich immer mehr auf die Industrie.

Von den angeführten 62 Aktiengesellschaften sind nicht weniger als 21 dividendenlos geblieben.

Dividenden		Zahl der A. G.
0 %		21
4 %		2
5 %		5
6 %		9
7 %		1
8 %		2
9 %		3
10 %		9
12 %		6
13½ %		1
14 %		3
8.97%	Durchschnitt für	62 A. G.

Diese Dividendenlosigkeit eines Drittels aller Gesellschaften hängt nicht — wie es auch der Fall sein könnte — mit großen Abschreibungen, Neuanschaffungen usw. zusammen, sondern in vielen Fallen auch mit Einbuße an Eigenkapital.

Die Rentabilität kann uns also trotz des ziemlich hohen Dividendendurchschnittes kaum befriedigen. Denn schließlich ist die Höhe desselben hauptsächlich auf den Produktionserfolg der ganz großen Unternehmungen zurückzuführen, die nicht selten schon eine industrielle Konzentration in vertikaler

Richtung aufweisen und dadurch natürlich rentabler arbeiten können, während die Mittelbetriebe sich mit sehr geringen Gewinnen begnügen müssen.

Ein Produktionserfolg, der für alle Betriebe eines Gewerbes günstig ist, kann nur eintreten bei vollkommener Erfassung der Marktlage. Und ein Achten und Eingehen (bei Neugründungen, Erweiterungen, Einstellungen usw.) auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ist auch hier wie überall erstes und oberstes Gesetz.

2. Das Papier im Außenhandel.

A) Der Zoll in seiner Wirkung auf die Ein- und Ausfuhr.

Das Problem der Ein- und Ausfuhr ist letzten Endes auch ein Problem der Zölle. Und von Zöllen — ihrem Vorhandensein überhaupt und ihrer Höhe — hängt der internationale Warenaustausch ab.

Daher haben sich auch Merkantilismus und Physiokratismus, die wir als die ersten volkswirtschaftlichen Systeme bezeichnen wollen, eingehend mit dem Zoll beschäftigt.

Der Physiokratismus räumt auf wirtschaftlichem Gebiete dem Staate keinen Einfluß ein und verlangt Freihandel. Zollgrenzen dürfen demnach, von Einfuhrzöllen auf Getreide abgesehen, nicht bestehen.

Im Gegensatz hierzu vertritt der Merkantilismus die Auffassung, daß nur Absperrmaßnahmen die eigene Wirtschaft erhalten und großmachen können. Dadurch wird aber der wirtschaftliche Zusammenhang aller Gebiete gestört, eine aussichtslose Produktion kann unterstützt werden und schließlich haben wir den Zusammenbruch der Wirtschaft vieler Staaten.

Die heutige Weltwirtschaft hat noch nicht den Stand erreicht, daß sie die Zölle vollkommen entbehren könnte. Und doch muß festgestellt werden, daß besonders nach dem

Kriege von vielen Staaten eine Zollpolitik getrieben wird, die vermuten läßt, daß die Zölle nur als Schutzzölle der einheimischen Industrie dienen sollen. Eine solch prohibitive Zollpolitik ist aber auch ungesund für jede Wirtschaft. Ein Zoll soll nur erziehend wirken, da er sonst zu Treibhausindustrien führt, die ihrem Zweck in Gegenwart und Zukunft nicht entsprechend nachkommen können.

Angebot und Nachfrage sind für die Preisbildung ausschlaggebend. Durch die Zölle kann jedoch eine derartige Erhöhung des Preises für ausländische Waren eintreten, daß in diesem Falle keine Nachfrage mehr stattfindet. Ist dann die einheimische Industrie in der Lage, ihren Marktbedarf selbst zu decken, so ist ein Import fremder Waren von gleicher Güte nur dann möglich, wenn diese Waren um den Zollbetrag billiger sind.

Wenn eine Industrie monopolisiert ist und daher im Inlande einen beliebig hohen Preis fordern könnte, so wird sie auch bei dem um den Einfuhrzoll eines Landes verminderten Preis noch einen Verdienst erzielen können (Dumpingpreis). Daraus ergibt sich, daß Zölle allein nicht schützen; die meisten Staaten schließen deshalb Handelsverträge miteinander ab, wonach die Ein- und Ausfuhrmenge bestimmter Waren genau geregelt ist.

Sind solche Verträge auch kein Ersatz für Zölle, deren Höhe eine vernünftige Politik bestimmt, so dürfen sie doch immerhin dazu beitragen, ganz unsinnige Absperrmaßnahmen, wie sie viele Staaten heute noch haben, abzuschwächen und einen Güteraustausch herbeizuführen, der ungefähr der Marktlage entspricht und sich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterwirft.

B) Papier-Einfuhr.

Die Einfuhr an Papier in Deutschland ist sehr gering. Sie betrug im Jahre 1928 12334 Tonnen im Werte von 10221000 Mark.

Allerdings ist in den letzten Jahren ein stetes, sogar erhebliches Anwachsen der Einfuhr zu verzeichnen.

	1926	1927
Einfuhr in Tonnen	3165	11130

Das eingeführte Papier betrifft mit seinem Durchschnittswert von 82,9 Pfg. (1927 : 76,5 Pfg.) hochstehende Qualität. Und es scheint, daß die deutschen Papiermacher die Erzeugung von Papier hoher Qualität etwas vernachlässigt haben. Es liegt vollkommen bei der deutschen Papierindustrie selbst, die Einfuhr durch Erzeugung gleich guten Papieres zum selben Preise einzudämmen. Die deutsche Papierindustrie ist schon heute in der Lage, jährlich etwa 2431000 Tonnen Papier herzustellen, während die Produktion 2007000 Tonnen ausmacht. Die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit beträgt demnach nur 86%.

Einfuhr von Papier und Papierwaren im Jahre 1928:[1])

Land	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Mark
Belgien-Luxemburg	1529	2.19
Finnland	6917	2.94
Frankreich	2393	3.72
Großbritannien	1534	3.06
Norwegen	2458	1.18
Oesterreich	2024	1.92
Schweden	6074	3.45
Schweiz	530	1.65
Tschechoslowakei	1095	2.05
V. Staaten von Amerika	2795	3.44

C) Der Wert der Handels- und Zahlungsbilanz.

Seit dem Merkantilismus kennen wir die Handelsbilanz, d. h. die Gegenüberstellung der Werte der ausgeführten Waren zum Werte der eingeführten Waren. Der Merkantilismus,

1) vgl. Statistisches Jahrbuch 1929.

das nationale Industriesystem, vertrat natürlich die Ansicht, daß sich der Wohlstand eines Landes ausschließlich nach der Zahlungsbilanz richte, und daß es deshalb das Streben des Staates sein sollte, eine aktive Handelsbilanz zu haben, in der die Ausfuhrwerte die Einfuhrwerte übersteigen.

Es soll nicht verkannt werden, daß der Handelsbilanz eine sehr große Bedeutung zukommt. Und doch kann es vorkommen, daß ein Land mit passiver Handelsbilanz reicher wird als ein Land mit aktiver.

Es ist nämlich die Handelsbilanz des Merkantilismus die reine Warenhandelsbilanz, während dagegen noch eine Zahlungsbilanz besteht, die über das tatsächlich ein- oder ausgeführte „Geld" Aufschluß gibt.

Der internationale Wirtschaftsverkehr setzt sich ja nicht nur aus Warenaustausch zusammen. Die daneben noch bestehenden Posten einer Zahlungsbilanz sind doch von solcher Bedeutung, daß eben die reine Warenbilanz von dem Wohlstand und der wirtschaftlichen Lage (Verschuldung) eines Landes einen vollkommen falschen Begriff gibt.

Die Posten der Zahlungsbilanz sind:

1. Einnahmen für ausgeführte und Ausgaben für eingeführte Waren und Edelmetalle.
2. Einnahmen für Frachtverdienst, Versicherung u. a. m. von Inländern im Ausland und andererseits Ausgaben für die Fracht der auf Ausländern gehörigen Verkehrsanstalten eingeführten Waren.
3. Einnahmen aus den auf Rechnung von Inländern im Ausland betriebenen Unternehmungen und umgekehrt Ausgaben an Zinsen und Gewinnen der von Ausländern im Inland betriebenen Geschäfte.
4. Anleihen im Ausland, An- und Verkauf von Effekten, Einnahmen an Zinsen und Kapitalrückzahlungen der

an das Ausland gewährten Darlehen und umgekehrt Ausgaben für Verzinsung und Amortisierung der im Ausland aufgenommenen Anleihen.

5. Einnahmen aus dem Aufwand, den Ausländer im Inland als Reisende machen, Kapitalien, die Einwanderer mitbringen u. a. m. und umgekehrt Ausgaben für den Aufwand der im Ausland lebenden Inländer, Verlust von Kapital, das die Auswanderer mitnehmen u. a. m.
6. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben aus einmaligen Anlässen, wie: Empfang oder Abtragung von Kriegsentschädigungen oder im Ausland gemachter Kriegsaufwand.
7. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben aus den von einem Land ins andere wandernden Pensionen, Legate, Erbschaften, der im Lande wohnenden Fremden.

Bei Betrachtung dieser Posten muß man zu dem Ergebnis kommen, daß für Deutschland der erste Posten — Ein- und Ausfuhr von Waren — der wichtigste ist. Für die Gestaltung einer günstigen Zahlungsbilanz ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen für uns eine günstige Handelsbilanz ausschlaggebend.

Leider haben wir aber eine passive Handelsbilanz, wie folgende Tabelle[1]) zeigt:

Handelsbilanz (reiner Warenverkehr)

Bezeichnung	1928	1927	1926	1925
		in Millionen Mark		
Einfuhr	13649.5	13801.2	9701.4	11744
Ausfuhr (ohne Rep. Sachlieferungen)	11782.8	10375.6	9929.9	8930.5
Rep. Sachlieferungen	662.8	578.7	631.3	491.9
Über- (ohne Rep. Sachl.)	−1866.7	−3425.6	+228.5	−2813.5
schuß (mit „ „)	−1203.9	−2846.9	+859.8	−2321.6

1) vgl. Statistisches Jahrbuch 1929.

D) Die Papierausfuhr.

Innerhalb der deutschen Handelsbilanz steht die Papierindustrie sehr günstig. Wenn Papier unter 27 Warengruppen mit 3.5% Wertanteil an achter Stelle unter den Ausfuhrgütern zu finden ist, so bedeutet dies eigentlich noch nicht soviel wie die Tatsache, daß die Ausfuhr an Papier die Einfuhr bei weitem übersteigt. Innerhalb der passiven deutschen Handelsbilanz stellt das Papier einen sehr hohen aktiven Posten dar.

Von der Erzeugung des Jahres 1928 gingen 390000 Tonnen ins Ausland. Diese Menge macht etwa 16% der Gesamterzeugung aus. Im Jahre 1927 betrug die Ausfuhr 332892 Tonnen oder 16.5% der Gesamterzeugung. Der Wert des ausgeführten Papieres betrug:

1927	142975000	Mark
1928	148333000	„

Die Gegenüberstellung von Ein- und Ausfuhr für das Jahr 1928 ergibt einen Ausfuhrüberschuß von 326666 Tonnen im Werte von 138112000 Mark.

	Tonnen	Millionen Mark
Ausfuhr	339000	148333
Einfuhr	12334	10221
Ausfuhrüberschuß	326666	138112

Das ausgeführte Papier ist meist mittlerer und billiger Qualität. Der Durchschnittspreis pro Kilo beträgt 42.6 Pfg., während der Durchschnittspreis des eingeführten Papieres etwa doppelt so hoch ist.

Die Verteilung der Ausfuhr auf die einzelnen Länder zeigt folgende Tabelle:[1])

1) vgl. Statistisches Jahrbuch 1929.

Ausfuhr an Papier und Papierwaren.

Land	Menge in Tonnen		Werte in Mill. Mark	
	1928	1927	1928	1927
Saargebiet	4311	4414	3.10	2.46
Belgien-Luxemburg	27147	20089	15.74	11.44
Bulgarien	1734	1243	1.18	0.91
Dänemark	14494	17302	12.07	12.02
Finnland	1048	921	1.82	1.54
Frankreich	58961	51250	20.42	16.85
Griechenland	4527	2809	1.93	1.51
Großbritannien	91515	95981	61.22	60.87
Italien	5431	7024	7.32	6.47
Jugoslavien	1473	1093	1.83	1.44
Lettland	3493	3106	1.91	1.65
Litauen	3167	3201	1.91	1.92
Niederlande	77732	74033	48.21	44.99
Norwegen	2664	2835	3.77	3.72
Österreich	6316	5439	9.83	8.14
Polen	12897	10477	7.95	7.42
Danzig	3723	4720	2.87	3.08
Portugal	3312	2682	1.76	1.69
Rumänien	1494	1222	2.27	1.79
Rußland	7606	5921	3.44	3.16
Schweden	5647	5033	9.27	8.26
Schweiz	8515	6819	14.07	11.49
Spanien	5990	7283	5.65	5.72
Tschechoslowakei	5261	3470	10.75	8.36
Ungarn	5739	3781	4.94	3.91
Ägypten	6863	5511	3.47	2.89
Britisch-Süd-Afrika	3743	2926	2.23	1.83
„ -Indien	10863	10430	6.31	5.96
China	8976	8658	5.55	4.52
Japan	5059	3967	4.09	2.81
Niederländisch-Indien	4536	2814	3.79	2.68
Türkei	7214	5811	2.98	2.58
Argentinien	43727	55009	21.38	25.48
Brasilien	9845	12486	6.38	6.20
Canada	1001	918	2.37	2.04
Chile	4267	6124	2.84	3.35
Columbien	2042	2566	2.31	2.52
Cuba	1330	3211	1.07	2.19
Mexiko	1587	1770	1.91	1.70
Uruguay	2278	3239	1.51	1.62
Vereinigte Staaten v. Amerika	20185	18542	30.84	28.88
Australischer Bund	3310	3036	2.46	2.32

Im allgemeinen zeigt diese Tabelle für die einzelnen Länder eine gleichmäßig ansteigende Ausfuhr.

Erheblich zugenommen hat die Ausfuhr nach Belgien. Die Ausfuhrmenge nach Dänemark hat abgenommen, der Ausfuhrwert dagegen ist gestiegen. Dasselbe finden wir bei Großbritannien, unserem wichtigsten Ausfuhrland.

Die drei nordischen Länder: Schweden, Norwegen, Finnland sind die einzigen, die mehr Papier nach Deutschland liefern, als sie von dort beziehen. Grund hierfür ist für alle drei Länder das Vorhandensein einer sehr guten Papierindustrie, die mit jeder ausländischen sich messen kann. Gegenüber der deutschen Papierindustrie sind vor allem die dortigen Rohstoffverhältnisse bedeutend besser. Ich denke hier besonders an Holz und an billigen Kraftstrom, der in Deutschland durch die teure Kohle erzeugt wird, während in den skandinavischen Ländern die Wasserfälle zur Verfügung stehen.

Nach Großbritannien ist Holland das wichtigste Einfuhrland. Betrug die Gesamteinfuhr an Papier und Papierwaren nach Holland im Jahre 1928 115283.8 Tonnen im Werte von 40597866 Gulden, so war Deutschland daran mit 77732 Tonnen im Werte von 48210000 Mark beteiligt. Von der nach den Niederlanden eingeführten Papiermenge betrug der deutsche Anteil ungefähr 67%. Holland bezieht von Deutschland vor allem Druck- und Schreibpapier.

Die Papierindustrie Polens ist noch im Wachsen begriffen. Die Produktion des Jahres 1928 betrug 130000 Tonnen, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre um rund 10% und im Vergleich mit dem Jahre 1926 sogar um rund 45% bedeutet. Immerhin ist die polnische Industrie noch nicht in der Lage, den Inlandsbedarf an Papier selbst zu decken. Es müssen jährlich noch etwa 30000 Tonnen eingeführt werden. Daran ist Deutschland mit 12897 Tonnen beteiligt. Im Jahre 1927 waren es nur 10477 Tonnen. Die Einfuhr deutschen Papieres hat also nicht unerheblich zugenommen,

obschon die eigene Produktion sich um 10% gehoben hat und die Gesamteinfuhr zurückgegangen ist.

Die Wirtschaftspolitik, die Mussolini in Italien treibt, erklärt natürlich den starken Rückgang der Einfuhr ausländischer und damit auch deutscher Papiere.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Spanien, wo seitens der Regierung alles getan wird, um die heimische Industrie zu schützen und zu stützen. Um zu zeigen, wie es möglich ist, daß auch ohne Erhöhung der Einfuhrzölle ausländische Waren vom Inlandsmarkt verdrängt werden können, lasse ich einen Bericht der deutschen Handelskammer für Spanien in Barzelona folgen, der sich mit den Schutzmaßnahmen befaßt, die die spanische Regierung für die einheimische Papierindustrie getroffen hat: „In der Eroberung des inländischen Absatzmarktes hat die spanische Papierindustrie im Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht, unterstützt durch neue Regierungsmaßnahmen, die ihren Wünschen in weitem Umfang Rechnung tragen. Mit königlichem Dekret vom 11. Mai 1928 wurde zum Ausgleich der Interessen der Papierfabrikanten einerseits und derjenigen der Presse und sonstigen Verbraucher andererseits ein Regulierungsausschuß für die Papierindustrie (Comité Regulador de la Industria de Papel) für eine Mindestzeitdauer von 5 Jahren eingesetzt, der sich aus je 3 Vertretern der Papierindustriellen und der Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchherausgeber, zusammen also 6 Personen, zusammensetzt. In der Begründung zu dieser Verordnung wird darauf hingewiesen, daß die mit Dekret vom 15. Juni 1921 gewährte Zollermäßigung auf ausländisches Druckpapier sich bei der einheimischen Industrie in einer Weise ausgewirkt hätte, die abzuändern sich die Regierung verpflichtet fühle, und zwar derart, daß den spanischen Erzeugern die Belieferung des Landesbedarfes an Druckpapier zu den Preisen des Auslandes ermöglicht werde, ohne daß eine Erhöhung der Einfuhrzölle erfolge. Zu diesem Zweck wird zunächst

die gesamte spanische Papierindustrie unter den Schutz des Staates gestellt und der Regulierungsausschuß beauftragt, alle Beschlüsse zu fassen, die auf eine Regulierung der Erzeugung und Ausführung der weiteren Bestimmungen des Dekrets abzielen. Die bei Erlaß der Verordnung im Betrieb befindlichen Fabriken haben für jedes Kilogramm ihrer Produktionsfähigkeit bis zu 5 Cts. an den Ausschuß abzuführen. Je nach Maßgabe der durch diese Umlage erzielten Summe wird von der Regierung ein Sonderbetrag beigesteuert bis zum Höchstsatz von 1½ Millionen Pesetas. Die aus dieser Abgabe und dem Regierungszuschuß gesammelten Gelder werden zu Ausfuhrprämien und finanziellen Beihilfen im inländischen Absatz, wie schließlich auch zur Erneuernng veralteter Maschineneinrichtungen verwendet. Der schutzbedürftige Charakter der Papierindustrie soll außerdem, abgesehen von der Druckpapierposition, anläßlich der Zolltarifreform besondere Berücksichtigung finden. Umfangreiche Ausführungsbestimmungen zu diesem Dekret wurden dann in der Folge mit Verordnung vom 24. August 1928 erlassen, aus deren Einzelheiten als besonderes Merkmal die zwangsweise Einordnung der gesamten Papierfabrikation des Landes in dieses neue Gebilde hervorzuheben ist. Für das an Zeitungen zu liefernde Druckpapier wird eine geldliche Beihilfe von mindestens 10 Pts. die 100 Kilo ausgeworfen, während bei Zeitschriftenpapier mindestens 13 Pts. und bei Bücherpapier 15 Pts. als Zuschuß bestimmt werden. Den staatlichen, provinzialen und städtischen Behörden ist der Verbrauch ausländischen Papiers nur unter den mit Gesetz vom 14. Februar 1907 zugelassenen Ausnahmen gestattet. In diesem Zusammenhange ist die in einer spanischen Fachzeitschrift veröffentliche Gewinnziffer der Papelera Espanola, des spanischen Papierfabrikanten-Trusts, nicht ohne Interesse, da sie für das Jahr 1927 nach Abschreibung von 1.4 Millionen Pts. auf Maschinenkonto einen Reingewinn von 4984587 aufweist."

3. Die Organisationsbestrebungen in der Papierindustrie.

A) Die industrielle Konzentration.

a) Allgemeines.

Die industrielle Konzentration ist, wie ich oben schon angeführt habe, ein Faktor der Rationalisierung, der in dem Zusammenschluß mehrerer Unternehmungen zum Kartell oder zum Trust besteht.

Im Kartell haben wir den Zusammenschluß vieler Unternehmungen mit dem Zweck, den angeschlossenen Unternehmungen durch die Zugehörigkeit zu einem mächtigen Wirtschaftsverbande dessen Vorteile zugute kommen zu lassen. Ein Kartell hat letzten Endes immer eine gewisse Tendenz, eine Monopolstellung zu erreichen. Tatsächlich hat es dieselbe inne, wenn es alle Unternehmungen eines Gewerbes vereinigt oder so wenig und unbedeutende Außenseiter vorhanden sind, daß dieselben im Vergleich zu dem Kartell keine wirtschaftliche Macht vertreten. Arten der Kartelle sind:

1. Preiskartell,
2. Produktionskartell,
3. Absatzkartell,
4. Beteiligungskartell,
5. Konditionskartell.

Der wesentliche Unterschied zwischen Trust und Kartell besteht darin, daß beim Kartell die einzelnen Unternehmungen selbstständig bleiben, was beim Trust nicht der Fall ist. Hier saugt vielmehr eine Unternehmergruppe, die meist die mächtigste ist, die andern weniger mächtigen auf. Dies kann entweder in Form einer Holding-Company geschehen,

wobei eine Finanzgruppe die Aktienmajorität in den Unternehmungen und damit die Kontrolle erwirbt, oder in Form des Konzerns, wo die Kontrolle von einer der Unternehmungen ausgeht. Monopolabsichten bestehen hier meistens nicht. Jedoch kann auch der Fall eintreten, daß eben durch Beherrschung eines Gewerbes die Monopolstellung geschaffen wird. Dann haben wir es mit dem Corner zu tun.

Ob ein Monopel für die Volkswirtschaft eines Landes gut oder schlecht ist, hängt ganz von der Art ab, wie die Monopolstellung gebraucht wird. Vorteilen stehen auch stets Nachteile gegenüber. Tatsache aber ist, daß durch den Zusammenschluß zu einem mächtigen Verbande vor allem der ausländischen Industrie gegenüber bedeutend besser begegnet werden kann, als es den einzelnen Unternehmungen möglich ist.

Die industrielle Konzentration äußert sich als horizontale Konzentration, worunter wir den Zusammenschluß gleichartiger Betriebszweige verstehen, und als vertikale Konzentration, worunter wir den Zusammenschluß aufsteigender Betriebsphasen (vom Ur- bis zum Fertigprodukt) verstehen. Wenn auch die industrielle Konzentration als Faktor der Rationalisierungsmaßnahmen anzusehen ist und somit innerhalb einer ruhigen und störungsfreien, sich stetig weiter entwickelnden Volkswirtschaft auch eintreten müßte, finden wir eigentlich stets, daß der Grund zum Zusammenschluß eine Wirtschaftskrise ist, die nur durch diesen Schritt überwunden werden kann.

Krisen sind Störungen im wirtschaftlichen Leben, Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage: Es ist die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage übertrieben.

b) Die industrielle Konzentration in Deutschland.

Schon vor dem Kriege finden wir vereinzelt Konzentrationsbestrebungen innerhalb der deutschen Wirtschaft. Die

gewaltigste Konzentrationsbewegung trat aber erst nach dem Weltkriege ein in den Zeiten der schwersten Krise, die wohl je eine Wirtschaft mitgemacht hat.

Wir müssen diese Entwicklung scheiden in die Zeit vor der Inflation und nach der Inflation. Die Merkmale der ersten Periode sind: Warenhunger, hervorgerufen durch eine vierjährige Nichtherstellung oder Nichtanschaffung, großes Arbeiterangebot durch die Rückkehr der Kriegsteilnehmer, mit zunehmender Inflation immer weiteres Sinken der Preise für deutsche Fertig-, Halb- und Rohprodukte unter die Welthandelspreise und somit günstige Ausfuhrmöglichkeit. Auf der anderen Seite: der Mangel an Rohstoffen. Wichtige Rohstoff erzeugende Gebiete wurden uns genommen, die Kolonien geraubt und das Ausland benutzte unseren Mangel zu seinem Vorteil. Wir haben in dieser Zeit eine Krise, die durch Material- und Rohstoffknappheit gekennzeichnet ist.

Die Konzentrationen sind vertikaler Art in dieser Zeit. Der Markt ist aufnahmefähig, aber zur Produktion fehlt es an Rohstoff und Halbfertigfabrikaten. Man sucht sich unabhängig zu machen durch Zusammenschluß oder Aufkauf der erzeugenden Industrie (z. B. Kohle: Eisen oder z. B. Zellstoff, Holzschliff: Papier: Papierverarbeitung).

Es soll nicht verkannt werden, daß hierbei auch unorganische Neuverbindungen abgeschlossen wurden. Doch sind diese Fälle vereinzelt und nur dadurch zu erklären, daß bei der ungeheuren Entwertung des Geldes der Besitz von Sachwerten jeglicher Art angestrebt wurde. Dies darf jedoch nicht als Beispiel hingestellt werden, um damit zu bekräftigen, daß jede vertikale Konzentration schädlich sei; fast alle organisch aufgebauten Vereinigungen haben sich bis heute — und wahrscheinlich nur dank der vertikalen Konzentration — erhalten.

Mit dem Abschluß der Inflation enden die vertikalen Konzentrationsbestrebungen, und es setzen nunmehr die horizontalen ein. Die Krisenart hat sich geändert: der Warenhunger ist gestillt, dagegen macht sich jetzt ein Absatzmangel bemerkbar. Hatte man vorher seine Produkte zu den geforderten Preisen absetzen können, so macht sich jetzt plötzlich die Konkurrenz des unterbietenden Auslandes bemerkbar. Um aber ebenfalls billiger produzieren zu können, mußten sich die deutschen Betriebe nunmehr technisch vollkommen umstellen. Neuanschaffungen mußten gemacht werden, was namentlich für kapitalschwächere Unternehmungen kaum möglich war, da die Amortisation des aufgewandten Kapitals besonders wegen des geringen Absatzes lange Zeit in Anspruch nehmen würde. „Flüssige Geldmittel" waren ja überhaupt sehr knapp.

Da entstanden die horizontalen Vereinigungen. Nur diese Großverbände waren imstande, die Erzeugung auf die günstigst gelegenen Produktionsstätten (Standort!) zu verteilen und weniger aussichtsreiche Betriebe auszuschalten. Daß hierbei Opfer gebracht werden mußten von seiten der Unternehmer durch teilweise oder vollkommene Aufgabe der Selbständigkeit, von Seiten der Arbeiterschaft Opfer an Arbeitsgelegenheit, ist selbstverständlich und kein Gegenbeweis der, man kann sagen: Notwendigkeit der Konzentration.

B) Der Verein deutscher Papierfabrikanten.

a) Allgemeines.

Als Vorläufer des Vereins deutscher Papierfabrikanten ist jener Verein anzusehen, der im Jahre 1850 in Mainz unter dem Vorsitz von Ludolph Schüll begründet wurde.

Vorangegangen war eine Versammlung von 18 Fabrikanten in Düren, die eine Erhöhung der Preise um 8-10% festgesetzt

hatte. Auch war vorgesehen, der Regierung Vorschläge zur Erhöhung des Lumpenausfuhrzolls und des Papiereinfuhrzolls zu unterbreiten.

Auf der Generalversammlung 1852 wurde ein vollkommen monopolistisch gerichtetes Wirtschaftsprogramm aufgestellt: Die 150 Papierfabriken des deutschen Zollvereins hätten es doch vollkommen in der Hand, im gemeinsamen Interesse zweckmäßige Anordnungen zu treffen, dem ganzen Geschäft eine gesunde Grundlage zu geben und dem alten Krämergeist endlich einmal Valet zu sagen.

Dieser Verein bestand jedoch nicht lange. Dagegen erfolgte im Jahre 1872 die Gründung des heute noch bestehenden Vereins Deutscher Papierfabrikanten. Schon im Juni d. J. waren mehrere F_orikanten zusammengetreten und hatten die Vorarbeit erledigt. Folgender Antrag war angenommen worden:

„Versammlung konstituiert sich als „Verein deutscher Papierfabrikanten", wählt einen Ausschuß von 7 Mitgliedern, welche unter sich die künftigen Statuten beraten und solche an Mitglieder sowohl, als auch an nicht anwesende Fabrikanten senden, damit sich der Verein in einer weiteren Versammlung definitiv konstituiert."

Auf Einladung dieses Ausschusses fand dann am 14. Dezember 1872 zu Nürnberg die Gründung des Vereins statt. Schon bei seiner Gründung gehörten ihm 81 Fabriken mit 110 Maschinen und 22 Bütten an.

Suchen wir nach den Gründen für den Zusammenschluß zu dieser Zeit, so finden wir tatsächlich innerhalb der Papierindustrie eine Krise, die ohne diesen Zusammenschluß verhängnisvoll geworden wäre.

Zunächst haben wir einen Rohstoffmangel. Waren auch Holzschliff und Zellstoff schon erfunden, und hatten viele Papierfabriken bereits eigene Holzschleifereien (vertikale

Konzentration), so war doch der Mangel an Lumpen, dem damals für die besseren Papiersorten noch ausschließlichen Rohstoff, immer empfindlicher geworden, da im Jahre 1872 der Hadernausfuhrzoll aufgehoben wurde und viel Lumpen ins Ausland gingen, das höhere Preise zahlte.

Hinzu kam, daß der nach dem Kriege einsetzende Aufschwung plötzlich nachließ. Darauf war man aber nicht vorbereitet gewesen, sondern hatte durch Verbesserungen und Neuanschaffungen die Produktionsmöglichkeit so gesteigert, daß nunmehr ein empfindlicher Absatzmangel eintrat. Verteuerung von Kohle, Rohstoff und Lohnerhöhung erhöhten die Produktionskosten, und schließlich war die Einfuhr österreichischen Papiers durch das Sinken des Silberwertes gestiegen.

Mithin haben wir als Krisenursache: Rohstoffmangel für feinere und absatzfähigere Papiere, Absatzmangel für andere Papiere und Erhöhung der Produktionskosten.

Der Vorstand des Vereins erläßt einen Mahnruf, in dem es heißt:

„Wir sind der festen Überzeugung, daß unsere Produktionskosten sich nicht ermäßigen werden, da Arbeitslöhne, Kohlen und Maschinen zu starke Frage haben und infolgedessen auch die Chemikalien teuer bleiben. Daß wir bei aufgehobenem Lumpenausgangszoll eine Steigerung auch dieses Materials erwarten müssen, liegt auf der Hand, es ist also an eine billigere Produktion in nächster Zeit auch nicht entfernt zu denken. Die Stockung im Absatze ist aber auch nur eine momentane!

Die Zunahme unserer Produktion ist keine so große als sie erscheint; die vielen neugeschaffenen industriellen Etablissements gebrauchen auch bei weitem mehr Papier als bisher, die Zeitungen werden je mehr gelesen, je wohlhabender unser Arbeiterstand wird, es tritt eine bedeutende

Vermehrung unserer Schulen ein, und die wegen Geldmangel knapp bemessenen Lager vieler Händler müssen bald komplettiert werden. Auch der Export macht an Deutschland größere Ansprüche als bisher!

Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage stellt sich bald wieder her, und wiederholen wir es, es ist Pflicht der Selbsterhaltung jedes einzelnen, es ist Pflicht desselben gegen seine Kollegen, auf den bisherigen Preisen zu beharren und sei es momentan mit Opfern.

Es ist selbstverständlich, daß, solange nicht sämtliche deutsche Fabrikanten dem Verein angehören, bindende Beschlüsse von demselben nicht gefaßt, sondern nur Ansichten ausgesprochen werden können. Möchten sie von Nutzen sein, ohne den einzelnen zu verpflichten oder in der Freiheit des Handelns zu beschränken."

Von einem Kartell oder Syndikat kann aber noch nicht gesprochen werden, da irgend eine feste Bindung der Mitglieder — Einschränkung der Erzeugung, Kontingentierung, einhalten von Zahlungs- und Lieferungsbedingungen — nicht zu erreichen war. Dieser Zustand blieb bis zum Kriege. Der Verein zeigt eine gleichmäßige Entwicklung. Jedes Jahr kann er eine Erhöhung der Mitgliederzahl feststellen, mit jedem Jahr wachsen aber auch die Aufgaben.

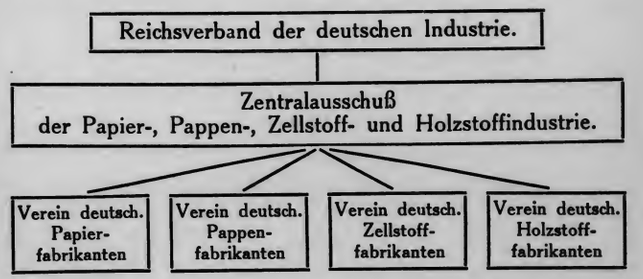
Durch die enge Fühlungnahme und das jährliche Treffen der Vereinsmitglieder auf der Generalversammlung kommt ein Gedankenaustausch und eine Zusammenarbeit zustande, die nicht zuletzt an der Entwicklung der deutschen Papierfabrikation ihren Anteil haben.

Heute umfaßt der Verein fast sämtliche Papierfabrikanten, so daß er als die Vertretung der gesamten Papier herstellenden Industrie anzusehen ist.

Mit den Verbänden der Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Fabrikanten hat er Abkommen getroffen, die eine enge

Zusammenarbeit sichern. Gemeinsam mit den oben genannten Vereinen ist er dem Reichsverband der deutschen Industrie angeschlossen.

Ich bringe eine graphische Darstellung der Organisation des Papierfachs und eine Tabelle über die Entwicklung des Vereins.



Entwicklung des Vereins deutscher Papierfabrikanten.

Jahr	Zahl der Mitglieder
1872	67
1880	124
1893	174
1900	249
1904	305
1910	358
1914	355

Eine Aufzeichnung des Aufgabengebietes gibt ein Bild von der ungeheuren Arbeit, die dieser Verein für die Papierindustrie und im Dienste der Papierindustrie leistet:

1. Interessenvertretung gegenüber Behörden und Organisationen,
   Zoll- und Handelspolitik.
2. Förderung von Fachwissen und Technik,
   Fachwesen, Fachpresse.

3. Papiernormung und Normalisierung
technische und kaufmännische Rationalisierung.

4. Statistik und Kalkulationswesen
Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der Papierindustrie.

5. Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der Lieferantenverbände
Roh- und Halbstoffversorgung.

6. Versicherungsfragen
Steuerfragen und Steuerstatistik.

7. Allgemeine Rechtsfragen
Wassergesetzgebung und Abwässerfragen.

8. Ehrungen des Vereins
Ausstellungen und Kongresse.

9. Verkehrsfragen
Eisenbahn, Schiffahrt, Kraft- und Flugverkehr, Post.

b) Der V. D. P. als Urheber der Kartelle in der Papierindustrie.

Der Verein ist nie über das rein vereinsmäßige hinausgekommen und hat einen Kartell- und Syndikatszusammenschluß seiner Mitglieder nicht erreicht. Es wäre jedoch falsch, ihn nur als Arbeitgeberverband aufzufassen. Denn wie aus folgendem ersichtlich ist, hat er stets soviel Tendenz gezeigt, sich in ein Kartell oder Syndikat umzuwandeln, daß man sein Hauptaufgabengebiet nicht in der Wahrnehmung reiner Arbeitgeberinteressen erblicken kann.

Eine Entschließung der Generalversammlung des Jahres 1887 lautet: „Veranlaßt durch die Steigerung der Herstellungskosten, ist eine Erhöhung der Papierpreise dringend geboten. Die Versammlung aber ist der Meinung, daß die Erreichung dieses Zieles nur auf dem Wege der Bildung

von Fachgruppen durchzuführen ist und beschließt, die Berufsgenossen und sämtliche Unterverbände zur Bildung solcher Fachgruppen aufzufordern."

Das erste, heute noch bestehende Kartell war der Verband deutscher Druckpapierfabriken, dessen Gründung 1900 erfolgte.

Daneben schlossen sich auch noch andere Gruppen lose zusammen. Auf der Generalversammlung 1908 tauchte der Gedanke einer Kartellbildung erneut auf und ein Satzungsentwurf wird vorgelegt, worin die Bildung einzelner Fachgruppen auf Kartellgrundlage vorgeschlagen wird.

Die wichtigsten Zusammenschlüsse, die heute noch bestehen, in jener Zeit sind:

Der Zusammenschluß der Fabriken fettdichter Papiere im Jahre 1911, der Fabriken routinierten Pergaments im Jahre 1912 und der Fabriken einseitig glatten Packpapieres im Jahre 1914.

Die Bildung aller übrigen Gruppen geschah aber erst mit Kriegsbeginn, bezw. seit Kriegsende.

Über die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen mit dem Verein herrschte zunächst Unklarheit. Nachdem sich aber sämtliche Gruppen zusammengeschlossen hatten im „Gesamtausschuß der Fachgruppen der deutschen Papierindustrie", konnte eine Zusammenarbeit praktisch erfolgen. Da nun einige Gebiete beider Verbände sich schneiden, war ein vollkommenes Handinhandgehen unbedingt notwendig, und heute ist die Spitze des Vereins mit der Spitze der Fachgruppen verbunden.

C) Die Papierkartelle.

a) Der Gesamtausschuß der Fachgruppen der deutschen Papierindustrie.

Gegenüber andern Industrien zeigt sich bei der papierherstellenden Industrie eine Besonderheit, die auch ausschlaggebend für die eigenartige Zusammenschlußbildung war:

Die einzelnen Arten des Papiers — ich unterscheide hier Papierarten und Papiersorten — weisen derartige Unterschiede auf, daß eine einheitliche Zusammenfassung aller Fabriken — etwa zu einem Preiskartell — nicht möglich ist. Denn es können für die einzelnen Papierarten (z. B. Briefumschlagpapiere und Pergamyn) keine einheitlichen Punkte zusammengefaßt werden, vielmehr ist die Lage so, daß sie als Produkte vollkommen verschiedener Gewerbe in marktechnischer Hinsicht wirken. Es kann zur selben Zeit die Nachfrage nach der einen Papierart sehr groß, nach einer anderen dagegen sehr gering sein, es können die Rohstoffverhältnisse (ob Lumpen oder Holz) hier günstig, dort ungünstig liegen.

Aus diesem Grunde finden wir Zusammenschlüsse nur innerhalb einzelner Gruppen. Die Gruppen selbst haben sich meist auch wieder vereinigt, jedoch ist diese Vereinigung sehr lose.

Wir sehen also in der Papierindustrie viele, kleine Verbände, die an sich — absolut — nicht sehr mächtig sind, relativ dagegen eine Macht bilden, der fast alle Fabriken den in Betracht kommenden Fachpruppen angeschlossen sind. So bildet letzten Endes die ganze Papierindustrie doch ein großes Kartell.

Die Zusammenschlußart innerhalb der einzelnen Gruppen ist sehr unterschiedlich. Neben ganz losen Vereinigungen finden wir sogar Preiskartelle.

Die Konzentration ist in all diesen Fällen horizontaler Art, d. h. nur Papier herstellende, keine Rohstoff erzeugenden Fabriken sind angeschlossen.

Eine Aufzählung aller im Gesamtausschuß vertretenen Gruppen lasse ich folgen.

Gesamtausschuß der Fachgruppen der deutschen Papierindustrie — Verein deutscher Papierfabrikanten

Vereinigung Briefumschlagpapier
„ Einseitig glatt
„ Feinpapier
„ Flor- und Durchschlagpost
„ Holzhaltig
„ Holzfrei
„ Kabel- und Isolierpapier
„ Kartonpapier
„ Löschpapier
„ Normalpapier
„ Packpapier
„ Dünn-Pergamyn
„ Pergamyn
„ sat. imit. Pergament
„ Sackpapier
„ Seidenpapier mit Konvention farbig Seiden
„ Streichpapier
„ Spinnpapier
„ West- und Süddeutscher Packpapierfabriken
„ Braunholzpapier
„ Ostdeutscher Schrenzpapierfabriken
„ Zellstoffkarton

Der Zweck des Gesamtausschusses ist in seiner Satzung festgelegt:

1. Zur Vermeidung unzweckmäßiger Zersplitterung Beschlußfassung über alle den üblichen Tätigkeitsbereich der Einzelgruppen berührende Fragen von allgemein grundlegender Bedeutung.
2. Durchführung des Preisschutzvertrages und Überwachung der Preisbewegungen am Inlands- und Auslandsmarkt.

3. Einheitliche Vertretung der angeschlossenen Fachgruppen der Regierung, anderen Organisationen, insbesondere der Pappenindustrie und der Öffentlichkeit gegenüber.

Die ringfreien Fabriken — ihre Zahl ist sehr gering — spielen keine Rolle und sind keine ernsthafte Konkurrenz für die den Fachgruppen angeschlossenen Unternehmungen.

b) Der Verband Deutscher Druckpapierfabriken.

Es sind jedoch nicht alle Gruppen dem Fachausschuß angegliedert, wie z. B. eine der größten, die Druckpapierfabriken. Eine Zusammenarbeit des Verbandes Deutscher Druckpapierfabriken mit dem Fachausschuß besteht allerdings auch.

Dem Verbande gehören heute 44 Fabriken an. Ihre Produktionsfähigkeit beträgt schätzungsweise 564000 Tonnen jährlich, während der Bedarf in Deutschland an Druckpapier 382000 Tonnen beträgt. Bei voller Ausnutzung der Produktionsfähigkeit würde ein jährlicher Überschuß von 182000 Tonnen entstehen. Die volle Produktion kann natürlich jeder Zeit eingesetzt werden, sodaß Außenseiter, die versuchen, Einfluß auf den Markt zu gewinnen, leicht verdrängt werden können.

Die Anzahl der Papiermaschinen der dem Verband angeschlossen Fabriken beträgt 72 gegen 49 bei der Gründung. Ist aber die Zahl der Maschinen in den 30 Jahren des Bestehens nur um 47% gestiegen, so hat sich die Leistungsfähigkeit um 350% erhöht. Dies macht sich auch im Anteil an der Gesamterzeugung des Verbandes an Druckpapier bemerkbar:

Zeitungsdruckpapier	1901	1927
	in 1000 Tonnen	
Gesamterzeugung in Deutschland	160	440
Anteil des Verbandes Deutscher Druckpapierfabriken	110	380

Der Anteil des Verbandes an der Gesamtproduktion beträgt also heute 86.5% gegen 68% bei der Gründung. Und es besteht die Aussicht, daß schließlich sämtliche Fabriken diesem Kartell beitreten werden.

c) Die übrigen Verbände.

Die übrigen, nicht dem Fachausschuß angegliederten Verbände sind: Verband Farbig Holzhaltig G. m. b. H., Wirtschaftsstelle für Kunstdruckpapiere, Vereinigte Packseiden G. m. b. H., Pergamentersatz G. m. b. H.

Auch von diesen Vereinigungen gilt, was ich oben ausgeführt habe. Nur ein geringer Prozentsatz der jeweils in Betracht kommenden Fabriken steht noch außerhalb, sodaß also auch hier ein fast die gesamte Industrie umfassender Zusammenschluß vorliegt.

D) Wirkungen der Kartelle.

Für die Industrie selbst ist eine solche enge Zusammenarbeit natürlich von Vorteil. Denn unter Berücksichtigung der Einzelinteressen kann ein Kartell durch seine Macht doch bedeutend mehr erreichen als der einzelne Unternehmer. Es entsteht jedoch die Frage: Ist diese Konzentration für die Volkswirtschaft vorteilhaft oder nicht? In unserem Falle möchte ich dies bejahen. Betrachten wir zunächst die Kartelle ohne Preiskonvention; es werden die einzelnen Fabriken auch hier zu wirtschaftlichem Arbeiten, zur Herstellung eines Fabrikates von einer bestimmten Güte gezwungen. Eine Ausnutzung der Monopolstellung bei dem Preiskartell — durch Dumpingpreise z. B. — kommt auch nicht in Betracht, da das Ausland in immer gesteigertem Maße danach trachtet, nach Deutschland einzuführen. Ein Hinaufsetzen der Preise würde der ausländischen Konkurrenz — vor allem der billiger arbeitenden skandinavischen Papierindustrie — den Absatz auf dem deutschen Markte erleichtern.

Andererseits ist eine engzusammengeschlossene Industrie bedeutend besser in der Lage, sich Auslandsmärkte zu erobern, wobei nicht einmal Dumpingpreise dieses Ziel zu schaffen brauchen.

Wir haben aber gesehen, welch ein wichtiges Ausfuhrgut das Papier ist. Und im Interesse der Papierindustrie, der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft kann man jede Bestrebung, die Ausfuhr zu vergrößern, nur begrüßen und unterstützen.

4. Die wirtschaftliche Verflechtung der Papierindustrie.

A) Theoretische Vorbemerkung.

Alle Stufentheoretiker — mögen sie unterscheiden nach der Produktionsrichtung wie List, nach den Formen und Bedingungen des Verkehrs der Wirtschaftseinheiten wie Hildebrand, nach der Organisation der Produktion und des Verkehrs wie Bücher usw. — haben als Kennzeichen der letzten Stufe, die wir heute erreicht haben und am besten mit Weltwirtschaft bezeichnen wollen, die Verflechtung der einzelnen Industrien. Diese Verflechtung bedingt auch eine Abhängigkeit, die soweit geht, daß Störungen innerhalb eines Teiles der Wirtschaft auch Störungen der Gesamtwirtschaft zur Folge haben.

Größe und Bedeutung eines Gewerbes können erst richtig beurteilt werden, wenn man das Gewerbe nicht als Einzelwirtschaft, sondern als Glied einer Kette betrachtet. Am besten zeigt dies die Schlüsselindustrie, welche erst die Grundlage bildet für andere Industriezweige.

Die Bedeutung der Papierindustrie innerhalb der Gesamtwirtschaft zu zeigen, soll Aufgabe der folgenden Abschnitte sein.

B) Die Industrie der Rohstoffe.

a) Holz und Stroh.

Die wichtigsten Rohstoffe für die Papierindustrie sind Holz und Stroh, die Rohprodukte für Holzschliff und Zellstoff. Der Bedarf an Papierholz beträgt jährlich etwa 8.4 Millionen Raummeter im Gesamtwerte von 165 Millionen Mark. Diese Einnahmen sind für die Forstwirtschaft von größter Bedeutung. Der bei weitem größte Teil der früher nur als minderwertiges Brennholz ausgemusterten Hölzer wird heute als Papierholz aufgekauft. Während der Preis eines Raummeters Holz, das als Brennstoff dient, 8 Mark beträgt, wird für dasselbe Holz, wenn es zu Papier verarbeitet wird, 15 Mark bezahlt. Die zur Papierherstellung benötigten Holzarten sind: Aspenholz (1%), Kiefernholz (6%), Fichtenholz (93%). Von Interesse dürfte in diesem Zusammenhang der jährliche Verbrauch an Papierholz der ganzen Welt sein; er beträgt etwa das 9fache oder 75 Millionen Raummeter.

Neben Holz werden jährlich etwa 180000 Tonnen Stroh verbraucht im Werte von 7 Millionen Mark. Während früher die Landwirtschaft keine Verwertung für das Stroh hatte und eine beträchtliche Menge wieder in den Boden hineingearbeitet werden mußte, hat sie jetzt stets lohnenden Absatz für die Strohmengen.

Die Zahl der Holzstoff-Fabriken beträgt 515, die der Zellstoff-Fabriken 98. Insgesamt beträgt die Zahl der Beschäftigten in diesen Industrien 28858 Personen. Einige Papierfabriken haben eigene Holzstoff- oder Zellstoff-Fabriken errichtet, bezw. bestehende aufgekauft, um vom Rohstoffmarkt unabhängig zu sein (vertikale Konzentration); doch bildet dies die Ausnahme.

Nachstehend bringe ich eine Ein- und Ausfuhrstatistik von Holzschliff und Zellstoff für das Jahr 1928.[1])

Einfuhr

Land	Menge in Tonnen	Werte in Millionen Mark
Finnland	48490	11.85
Litauen	5966	1.56
Norwegen	17355	4.14
Österreich	7420	1.64
Polen	1580	0.25
Schweden	43077	10.07
Tschechoslowakei	32243	7.95
Canada	6780	3.13
Gesamteinfuhr	168404	42.36

Ausfuhr

Land	Menge in Tonnen	Wert in Millionen Mark
Belgien-Luxemburg	23833	6.39
Frankreich	41329	11.39
Großbritannien	39771	9.12
Italien	15834	4.29
Niederlande	20579	5.53
Schweiz	4050	1.35
Spanien	5789	1.84
Argentinien	7270	1.96
Brasilien	7545	2.03
Ver. Staat. v. Amerika	61292	16.57
Gesamtausfuhr	224231	64.84

b) Lumpen.

Ursprünglich waren Lumpen der einzige Rohstoff. Für die feineren Papiersorten sind sie dies auch heute noch. Die Papier-Industrie braucht jährlich etwa 60000 Tonnen im

1) Statistisches Jahrbuch 1929.

Werte von 15 Millionen Mark. Einsammeln und Handeln von Lumpen beschäftigt zahlreiche Personen (etwa 30000) und bildet die Grundlage ihres Daseins. Ebenfalls der Altpapierhandel muß hier noch erwähnt werden.

c) Kohle.

Der Verbrauch an Kohle beträgt jährlich über 5 Millionen Tonnen im Werte von 52 Millionen Mark. Davon entfallen auf:

Steinkohle	30787000	Mark
Koks	445000	„
Braunkohle	6902000	„
Briketts, Preßkohle	14098000	„

Doch ist hiermit noch nicht der tatsächliche Verbrauch an Kohle gegeben, da diejenigen Mengen nicht eingerechnet sind, die zur Erzeugung von Fremdstrom dienen. Bei 57 Papierfabriken ergab die Betriebsmittelzählung:

Betriebsmittel:	Zahl der Betriebe
Elektrizität, Wasser, Dampf, Gas	1
Elektrizität, Wasser, Dampf	15
Wasser	5
Dampf	12
Wasser, Dampf	22
Elektrizität, Dampf	2

Von der Gesamterzeugung an Steinkohle und Braunkohle macht der Bedarf für die Papierindustrie ungefähr 1.7, bezw. 5.4% aus.

	Gesamterzeugung	Bedarf d. Papierindustrie
	Wert in Millionen Mark	
Steinkohle	1903,436	31,232
Braunkohle	389,377	21

d) Chemikalien, Filze, Siebe und Maschinen.

Dem Werte nach ist der Bedarf an Chemikalien und Füllstoffen dem an Kohle gleich. Er beträgt über 40 Millionen Mark für 350000 Tonnen. Ebenso wie bei der Kohle ist hier besonders zu beachten, daß dieser Rohstoff vollkommen vom Inland geliefert wird, was ja für die Beurteilung der Papierindustrie als außenhandelsaktive Industrie sehr ins Gewicht fällt.

Siebe und Filze (Bespannungsmaterial genannt) werden jährlich 4000 Tonnen im Werte von 20 Millionen Mark gebraucht.

Die Beschaffung und Ergänzung des Maschinenparks gibt der Maschinenindustrie dauernd Beschäftigung. Die Zahl der Papiermaschinenfabriken beträgt 333, die Zahl der darin beschäftigten Personen 22339.

C) Die Papierindustrie als Schlüsselindustrie.

a) Zeitungswesen.

Die Papiererzeugung nach Arten dargestellt ergibt, daß über ein Viertel des erzeugten Papieres Zeitungsdruckpapier ist:

Zeitungsdruckpapier	27.5
Holzhaltig ohne Zeitungsdruckpapier	19.5
Packpapier	12
Holzfrei	8
Einseitig glatt	6
Schrenz- und Strohpapier	4.5
Streichpapier und Karton	3
Pergamyn	3
alle übrigen Sorten	16.5

Die Entwicklung des Nachrichtenwesens bis zur heutigen Presse ist nur durch die Entwicklung der Papierindustrie möglich gewesen.

Der Bedeutung des Zeitungswesens kann eine Würdigung des wirtschaftlichen Gebietes nicht gerecht werden. Hier verblaßt der technische und wirtschaftliche Prozeß vollkommen

gegenüber der kulturellen Bedeutung. Aus diesem Grunde ist es nicht ratsam, durch irgendwelche statistischen Zahlen die Größe dieses Gewerbes darlegen zu wollen, obschon auch bei dieser, ich möchte sagen: äußeren Betrachtung ersichtlich wird, welche Bedeutung der Papierindustrie als Schlüsselindustrie für das Pressewesen zukommt.

Die deutsche Zeitungsindustrie braucht jährlich 382000 Tonnen Papier, das einen Wert von 118420000 Mark hat. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt in Deutschland ein Verbrauch von 5 kg. Zeitungspapier jährlich.

Nachstehende Tabelle zeigt den Verbrauch an Zeitungsdruckpapier auf den Kopf der Bevölkerung auf die Länder des deutschen Reiches verteilt:

Land:	jährlicher Verbrauch:
Brandenburg	19.0 kg
Hansastädte	15.4 „
Hessen-Nassau	6.9 „
Sachsen (Staat)	6.8 „
Rheinland	5.7 „
Württemberg	4.3 „
Hannover	4 „
Sachsen (Provinz)	4 „
Westfalen	4 „
Bayern	4 „
Schleswig-Holstein	3.8 „
Schlesien	3.5 „
Baden	3.4 „
Mecklenburg	3.3 „
Hessen-Darmstadt	3.3 „
Ostpreußen	3 „
Westpreußen	2.9 „
Pommern	2.9 „
Oldenburg	2.8 „
kleinere Bundesstaaten	2.8 „

b) Druckgewerbe.

Die Statistik des Verwendungszweckes des in Deutschland hergestellten Papieres hat folgendes Bild:

Zeitungsdruckpapier	26%
Zeitschriften, Bücher, Bilder Drucksachen	20%
Papier zu Verpackungswecken	32%
Schreib- und Zeichenpapier	14%
Papier verschiedener Art	8%

Das im vorherigen Abschnitt Gesagte gilt in gleichem Maße für Buch-, Zeitschriften- und Bilderdruck. Es liegt auch hier die Bedeutung so sehr auf kulturell-geistigem Gebiete, daß die wirtschaftliche Bedeutung dagegen vollkommen verblaßt.

Eine Gegenüberstellung[1]) der Ein- und Ausfuhr an Büchern ist sehr interessant zur Beurteilung des Einflusses deutscher Kultur auf die anderen Länder.

Land	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Mark	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Mark
Frankreich	300	1.37	213	1.44
Großbritannien	189	1.21	480	2.91
Italien	—	—	181	1.29
Jugoslavien	—	—	170	1.79
Niederlande	1029	1.25	537	3.01
Österreich	1306	5.64	2099	10.91
Polen	—	—	545	2.92
Rußland	—	—	56	0.62
Schweden	—	—	194	1.28
Schweiz	1462	3.68	1374	7.59
Tschechoslowakei	339	1.27	1306	6.73
Ungarn	—	—	211	1.42
Japan	—	—	243	2.79
Ver. Staaten von Amerika	—	—	600	6.44

1) Statistisches Jahrbuch 1929.

Es ist natürlich nur ein geringer Bruchteil der in Deutschland erzeugten Büchermenge, der durch diese Statistik erfaßt wird.

Der Austausch zwischen den deutschsprachigen Ländern ist am regsten. Allerdings muß man sich hier vor Trugschlüssen hüten und darf nicht etwa annehmen, daß z. B. niederländische Autoren in Deutschland mehr gelesen würden als deutsche in den Niederlanden, wie es auf Grund der nebenstehenden Tabelle den Anschein hat.

Der geistig rege Deutsche kauft sich sofort jede Neuerscheinung, wenn sie auch erst in der Ursprungssprache und im Ursprungsland erschienen ist, während die anderen Völker die Übersetzung und meistens auch das Erscheinen im Verlag des eigenen Landes abwarten.

Sehr beachtlich ist der große Austausch mit Österreich, der auch nur zeigt, welch enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Ländern besteht und wie, ich möchte sagen: schädlich in jeder Beziehung die noch bestehenden Grenzen zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich sind.

c) Sonstige Papierverarbeitung.

Die Verwendung des Papieres ist so vielseitig, daß es über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen würde, wollte ich alle Papierverarbeitungsindustrien einer näheren Betrachtung unterziehen. Auf Zeitungswesen und Buchdruck ging ich des hohen kulturellen Wertes wegen ein.

Ungefähr ein Drittel des Papiers wird zu Verpackungszwecken verwandt: Reines Packpapier für Pakete usw., ferner ist ja heute fast jeder Gegenstand, den wir kaufen, mit einer Papierhülle umgeben: Seifen, Strohhalme, Schokoladen, Flaschen jeglichen Inhaltes usw.

Groß ist auch die Erzeugung und der Umsatz in Papiersachen für das Schaufenter: Schaufenster-Tapetenpapiere, Etiketten, Schilder, Figuren und Zeichen aus Papier usw.

In seinem Buche „Die Entstehung der Volkswirtschaft" widmet Bücher ein Kapitel der Buchbinderei und zeigt neben der gewaltigen Entwicklung, die dieses Gewerbe gemacht hat, auch seine heutige Bedeutung. Er stellt für das Jahr 1907 folgende Statistik zusammen:

		Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen
Buchbinderei i. e. Sinne		13806	73389
Kartonagefabrikation		3020	34778
Buchbinderei i. w. Sinne	Fabrikation v. Papiermaché u. Waren daraus	310	2609
	Fabrikation von Bunt- und Luxuspapier	309	15520
	Fabrik. von Spielwaren aus Papiermaché	1803	6621

Papiergeld, Briefmarken, photographische Papiere, Zeichen- und Malpapier mögen hier noch genannt werden.

Die wichtigsten Nebenindustrien sind Pappen- und Tapetenindustrie. Die Zahl der Pappenfabriken beträgt 390 mit einer Erzeugungsmenge von 370000 Tonnen jährlich.

Als Abschluß dieses Abschnittes bringe ich zum Vergleich die Zahl der Betriebe in der gesamten Papierindustrie und in den einzelnen Klassen:[1])

Gewerbeklassen	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen
1. Papiererzeugung	1523	101162
davon Papierherstellung	468	57750
2. Papierveredlung	339	13599
3. Papierverarbeitung	14627	152044
4. Tapetenindustrie	83	4060
5. Vervielfältigungsgewerbe	14018	223665
6. Photographisches Gewerbe	9083	15673
7. Hilfsbetriebe	2025	33689
Zusammen	41725	543892

1) Statistisches Jahrbuch 1929.

D) Der Papierhandel.

a) Theoretische Vorbemerkung.

Für die Entstehung des Handels sind 2 Momente gegeben:
1. ist es der Standort einer Industrie und
2. die Massenproduktion, die zum Handel führt.

Während der erste Faktor ausschließlich Ursache des Handels im Altertum war, sind heute beide Momente im gleichen Maße beteiligt.

Für ein Gewerbe mit marktbezogenem Standort dient der Handel zur Beschaffung des Rohstoffes, für ein Rohstoff orientiertes Gewerbe dient er dem Vertrieb und dem Verkauf des Fertigproduktes.

Es liegt im Wesen der Massenproduktion, daß ein Gewerbe, dessen Standort nach dem besten Rationalisierungsprogramm aufgebaut ist, doch nicht den Handel entbehren kann, wenn es eben eine gewisse Größe erreicht hat, d. h. über das handwerksmäßige hinausgewachsen ist.

Mit dem Wachsen des Gewerbes ist auch der Handel zu einer Blüte gekommen, die ihn vielfach von seiner ursprünglichen Art gebracht hat. War er früher ein dienendes Glied des Gewerbes, so sehen wir, wie er sich nicht selten zum Beherrscher desselben aufgeschwungen hat.

Durch seine Beziehungen zum Konsumenten ist er genau über dessen Wunsch unterrichtet und kann also den Fabriken gewissermaßen ein Produktionsprogramm vorschreiben.

Da der Handel weiterhin mit großen Geldmitteln arbeitet, tritt er oft als Kreditgeber für die Industrie auf: Er versorgt die Produzenten mit Betriebskapital, indem er ihnen Geld vorschießt, noch ehe die Produkte an den letzten Verbraucher gelangt sind. Damit sind die Produzenten in völlige

Abhängigkeit geraten, die so weit geht, daß sie unter Umständen auf die Preisgestaltung ihrer Fabrikate auf dem Markte keinen Einfluß mehr haben.

Auch den Konsumenten kann der Handel leichter Kredit gewähren, als dies dem Produzenten, der immer auf Betriebskapital angewiesen ist, möglich wäre.

Ursprünglich waren die Fabrikanten froh, der Sorge des Warenabsatzes enthoben zu sein. Sie widmeten sich ausschließlich der Produktion und überließen dem Handel das Feld des Ver- und Einkaufs vollkommen. Mit dem Mächtigerwerden des Handels treten natürlich auch seine Nachteile immer mehr hervor, und so finden wir heute nicht wenig Bestrebungen, die darauf hinzielen, ihn einzudämmen oder sogar auszurotten. Dies äußert sich im Zusammenschluß zu Preiskartellen und in der Errichtung von Fabrikfilialen.

Bücher faßt die Aufgabe des Handels wie folgt zusammen:[1])

1. Der Handel gleicht Überfluß und Mangel an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten aus und macht dadurch die Bedürfnisbefriedigung gleichmäßiger, reicher und mannigfaltiger.
2. Er benutzt die Ungleichheit der Produktionsbedingungen verschiedener Orte und Gegenden, um an den begünstigten die Produktion lohnender, an den minder begünstigten die Bedarfsdeckung leichter und billiger zu machen.
3. Er erspart Produzenten und Konsumenten Arbeit, indem er die Vermittlung zwischen beiden vollzieht; ja er ermöglicht nicht selten erst eine rationelle Produktion, indem er Gütererzeugern, deren Produktmenge für den eigenen Vertrieb zu groß oder zu klein ist, die Sorge dafür abnimmt.

1) Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 2. Sammlung, S. 241.

4. Der Handel übernimmt die Vorrathaltung und bewirkt dadurch bei Produzenten und Konsumenten Kapitalersparungen.
5. Durch Vorschußerteilung an die Produzenten und Stundung des Kaufpreises an seine Abnehmer erfüllt der Handel die Aufgabe des Kreditgebers.
6. Durch Bedarfskonzentration schafft der Handel die Möglichkeit rationeller Produktion und macht das Fabrik- und Verlagssystem in der Industrie anwendbar und lohnend. Zugleich übt er vermöge der Begünstigung neuer Muster einen fördernden Einfluß auf den gewerblichen Fortschritt aus.
7. Der Handel bestimmt die Preise, zu welchen den Konsumenten die Güter ihres Bedarfes zugänglich werden.

b) Der Papiergroßhandel.

Für die papierherstellende Industrie spielt der Kleinhandel eine sehr geringe Rolle, da das meiste erzeugte Papier noch einen Produktionsprozeß durchmacht und erst als verarbeitetes Papier an den Kleinhändler kommt.

Aus diesem Grunde kann ich den Papierkleinhandel, der ein Papierwaren-Kleinhandel ist, unberücksichtigt lassen.

Die Papierherstellung hat wie die anderen Industrien ihre Entwicklung nicht zuletzt der Rationalisierung zu verdanken. Ein Faktor dieser Rationalisierung ist die Arbeitsteilung. Und diese hat dazu geführt, daß die Papierindustrie den Verkauf dem Handel überlassen hat. Ursprünglich ist er noch das letzte Glied in dem Produktionsprozeß der Industrie und nicht selbständig. Erst später entstehen die Unternehmungen, die auf eigenes Risiko Papierlager errichten, ohne selbst an der Fabrikation beteiligt zu sein.

Besonders nach dem Kriege haben auch von seiten der Papierindustrie die Bewegungen gegen den Handel eingesetzt. Doch hat man bald eingesehen, daß die Vorteile eines Handels seine Nachteile überwiegen und ein Lossagen vom Handel Nachteile für den Produzenten mit sich bringt. Der Handel ist ein so wichtiges Glied der heutigen Wirtschaft geworden, daß er nicht ohne Gefahr ausgeschaltet werden kann.

Zur Wahrung ihrer Interessen sind die Papiergroßhändler im deutschen Papiergroßhändlerverband zusammengeschlossen, der mit den Papiermacherverbänden im regsten Verkehr steht und Gewähr bietet, daß der Papiergroßhandel für die Papierindustrie von Vorteil und Nutzen ist.

	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen
Großhandel	168755	836301
davon		
Papiergroßhandel	3142	20972

E) Das Papier als Frachtgut.

Bei der Betrachtung des Papiers als Frachtgut wollen wir uns der von Bücher aufgestellten Gliederung des Transportes anschließen:

Transportgegenstand, Transportweg,
Transportmittel und Transportkosten.

Der Transportgegenstand ist in unserem Falle Papier. Von der jährlichen Erzeugung werden 1700000 Tonnen verkehrsstatistisch erfaßt.

Die weitaus größte Menge hiervon wird auf dem Landweg befördert. Dann folgen Meer- und schließlich Flußweg. Der heutige Stand der Verkehrsmittel ermöglicht einen derart schnellen Transport, daß Marktentfernungen — zeitlich — kaum noch eine Rolle spielen.

Die Beförderungsweiten von Papier im Eisenbahngüterverkehr betrugen im Jahre 1927:

	bis 100	km	32%
100	„ 200	„	38%
200	„ 300	„	11%
	über 300	„	19%

Daraus ergibt sich, daß über 2 Drittel des Papiers einen Weg von mehr als 100 km zurücklegt. Die papierverarbeitende Industrie, der der größte Teil des Papiers zugeführt wird, hat ihren Standort also nicht nach der Papierrohstoffbezogenheit.

Die Transportmittel sind natürlich Eisenbahn, Fluß- und Seefahrzeuge. Daneben spielen Kraftwagen und auch noch Pferdefuhrwerke gewissermaßen als Untertransportmittel eine Rolle.

Es wurden befördert im Jahre 1927:

auf der Eisenbahn	68%
auf Seeschiffen	20%
auf Flußschiffen	12%

Gesamtgüterbeförderung auf der Eisenbahn 467287000 Tonnen
Beförderung von Papier 1156000 „

Dies ist die beförderte Papiermenge. Hinzu kommen natürlich noch die Transportquoten für Rohstoffe usw.

F) Die Bedeutung für das Bankwesen.

Schließlich sei noch des Bankwesens gedacht. In der Papierindustrie, deren jährliche Produktion einen Wert von beinahe 1 Milliarde Mark darstellt, herrscht natürlich ein Geldverkehr, der einen Einfluß auf Bank und Börse ausübt. Am 31. Dezember 1928 wurden allein 180 Aktiengesellschaften in der papiererzeugenden Industrie mit einem Aktienkapital von 265920000 Mark gezählt.

III. TEIL:

Die soziale Bedeutung der deutschen Papierindustrie.

1. Die Arbeiterfrage.

A) Der Arbeitsmarkt in der Theorie.

Wie bei jedem Markt, so ist auch beim Arbeitsmarkt Angebot und Nachfrage für die Bestimmung der Marktlage wesentlich.

Um in den Grenzen dieser Abhandlung zu bleiben, wollen wir den Arbeitsmarkt im engeren Sinne betrachten, wie er ja auch im praktischen Falle für die Industrie im allgemeinen und für die Papierindustrie im besonderen zutrifft.

In diesem Falle erfolgt das Arbeitsangebot seitens des Unternehmers und die Nachfrage seitens des Arbeiters.

Durch die Gegenüberstellung von Unternehmer und Arbeiter ist schon eine bewußte Teilung der Arbeit gemacht worden. Und es ist diese Arbeitsteilung, die wiederum Angebot und Nachfrage entstehen läßt. Wir haben hier eine Arbeitsteilung — wenn auch nur sehr einseitig —, indem der technische Produktionsprozeß zerlegt wird in Bereitstellung, Leitung und Anweisung und in Ausführung.

Die Arbeit des Unternehmers oder Kapitalisten interessiert uns in diesem Zusammenhang weniger als die des Arbeitnehmers.

Bei den Erläuterungen des Begriffs der Arbeit geht Prof. Günther in seinem Buche „Theorie der Sozialpolitik" von dem sichtbaren, dem greifbaren aus, d. h. vom Arbeitserfolg. Dieser ist natürlich zunächst — bei der wirtschaftlichen Arbeit — ein rein mechanischer, chemischer Vorgang. Aber wir können uns hieraus den Begriff der Arbeit doch nicht erklären, wenn wir eben nicht — meist eine empirisch gewonnene — Vorstellung hätten von der Arbeitsleistung, die es fertigbrachte, die sichtbare Um- oder Neugestaltung eines konkreten Dinges zu bewerkstelligen. Dieser psychische Vorgang ist notwendig, um uns den Arbeitserfolg verständlich zu machen.

Zum Verständnis der nachher entwickelten Ideen über den Arbeitsmarkt ist es notwendig, die Quelle der Arbeit, den Menschen selbst, in Verbindung mit der Arbeit zu setzen. Wir sehen ihn als eine Kraft, die Arbeit erzeugt. Eine Abgrenzung und Bestimmung von Arbeit und Arbeitskraft gibt Prof. Dr. Günther in seinem oben angeführten Buche:

Die Arbeit ist eine Energiemenge.
Die Arbeitskraft ist eine Energiequelle.

Arbeitskraft und Arbeit können von vielen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Bei den Untersuchungen über den Arbeitsmarkt interessiert vor allem ihre Bezogenheit zum Arbeitsverhältnis. Schon durch die Formulierung des Themas „Arbeitsmarkt" statt „Arbeitermarkt" habe ich festlegen wollen, daß letzten Endes nicht der Arbeiter, die Arbeitskraft, Gegenstand des Marktes ist, sondern die Arbeit, die Arbeitsleistung.

Würde es die Arbeitskraft sein, die der Arbeitgeber durch das Arbeitsverhältnis kauft, so wäre es praktisch so, daß er den Arbeiter selbst, den Menschen kaufen würde. Z. Zt. der Sklaverei war dies tatsächlich der Fall, der Sklavenmarkt tritt uns als Arbeitermarkt entgegen. Die Entwicklung

der Menschheit auf den Gebieten der Ethik und des Rechtes vor allem hat ein vollkommenes Verschwinden dieser Verhältnisse gebracht. Heute leistet der Mensch seine Arbeit freiwillig, nichts Äußeres kann ihn dazu zwingen, sich in den Dienst eines anderen Menschen zu stellen. Äußeres Merkmal eines solchen Verhältnisses ist der Arbeitsvertrag, den erst die neue Zeit, eigentlich erst die Zeit des Kapitalismus in seiner heutigen Form kennt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Mensch gezwungen ist, seine Arbeitskraft in den Dienst eines andern zu stellen, da er sonst nicht imstande wäre, sich jene Gütermenge zu erwerben, die zum Lebensunterhalt notwendig ist.

Die Tatsache, daß der Mensch arbeiten muß und natürlich trachtet, für seine Leistung — für die Produktion seiner Arbeit — soviel wie möglich zu erhalten, ist Ursache für 2 Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, die von weittragender Bedeutung sind:

Arbeiterwanderung und Arbeiteranhäufung.

Arbeiteranhäufungen finden wir bei jenen Industrien, die rein markt-, bezw. rohstofforientiert sind. Ein Beispiel hierfür bildet z. B. der Bergbau im Ruhrbezirk. Ursprünglich wurde er ausschließlich von Einheimischen ausgeübt. Dann kam die große Umwälzung: Untertagebau, Entstehung der übrigen Industrie und somit ein ungeheures Anwachsen des Bedarfes an Kohle. Zunächst konnte man den Bedarf an Arbeitskräften noch aus der „Zufuhr vom Lande“ decken. Doch bald genügten die Menschen nicht mehr, und es erfolgte die Einwanderung aus fremden, d. h. nichtdeutschen (nichtnationalen) Arbeitsmärkten. Es waren hauptsächlich Polen, die ins Ruhrgebiet kamen. Und der Zuzug war so gewaltig, daß noch heute ganze Gebietsteile rein polnische Bevölkerung — polnische Sprache, polnische Schule, polnische Kirche — haben.

An diesem Beispiel ersehen wir, wie Arbeiterwanderungen und Arbeiteransammlungen zustande kommen. Wir sehen, wie durch die Gesetze des Arbeitsmarktes die Bevölkerungsdichte in einem Gebiete steigt oder sinkt. Solange dies innerhalb eines Staates geschieht, sprechen wir vom nationalen Arbeitsmarkt. Jedoch habe ich schon gezeigt, wie es bei den Bewegungen innerhalb der Grenzen nicht bleibt.

Wenn auch — trotz der scheinbar internationalen Welle — gerade nach dem Kriege jeder Staat Maßnahmen getroffen hat, um vor allem seinen eigenen Bürgern Erwerb zu verschaffen (wie z. B. in England, wo ein Verbot erlassen wurde, Fremde zu beschäftigen), so liegt es doch schon im Wesen der heutigen Weltwirtschaft begründet, daß auch der Arbeitsmarkt sich immer mehr international orientieren wird. Eine Untersuchung der Lage, die der vollkommen international orientierte Arbeitsmarkt schaffen würde, kann hier, so interessant und bedeutungsvoll es sein mag, nicht gegeben werden.

Neben dieser Standortskrise des Arbeitsmarktes gibt es auch jene, die ursächlich bedingt ist durch ein Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage, das durch Verschiebungen auf dem Markt nicht beseitigt werden kann. Es ist dies bei einer Überspannung der Nachfrage die Arbeitslosigkeit Denken wir uns den gesamten Arbeitsmarkt als eine bereitgestellte Arbeitsmenge — Energiemenge —, so ist Arbeitslosigkeit die Nichtonsumtion von Arbeit. Wesentlich ist, daß bei dieser Nichtkonsumtion die Arbeit tatsächlich angeboten wurde. Denn von Arbeitslosigkeit können wir nur dann sprechen, wenn der Mensch fähig und gewillt zur Arbeit ist, was bei Kranken und Streikenden nicht der Fall ist.

Prof. Dr. Günther bezeichnet die Arbeitslosigkeit mit Recht als eines der gewaltigsten Wirtschaftsprobleme unserer Zeit: „Nur durch das Wesen der modernen Arbeit ist sie

verständlich; sie setzt die Produktion und Bereitstellung der Arbeitskraft, die Disposition des Arbeiters für unbekannte, oft, aber nicht stets streng beruflich begrenzte Arbeit voraus; entsteht somit erst, wenn auch für die Arbeit an Stelle der Kundenproduktion die Marktproduktion getreten ist, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft von Kapital, Kopf und Hand nur für wechselnde, oft selbst nur für vorübergehende Zwecke zusammenfindet. Sie ist in diesem Sinne das Erzeugnis weitest getriebener Arbeitsteilung und des atomisierenden „Freien Arbeitsvertrag", allerdings schwerlich letztes und höchstes Erzeugnis. Sie hängt ferner auf das engste mit der beruflichen Eigenart und der Inanspruchnahme der einzelnen beruflichen Leistungen durch den Unternehmer, ihrer spezifischen Konsumtion auf dem Arbeitsmarkt zusammen."[1])

Die Arbeitslosigkeit als Nichtkonsumtion vorhandener Arbeitsmenge ist über den Rahmen des Arbeitsmarktes hinaus natürlich für die ganze Volks- und Weltwirtschaft ein ebenso schwieriges Problem, zu dessen Lösung man von den verschiedensten Seiten geschritten ist.

Ich möchte hier nur kurz auf jene Richtung — es müssen nicht unbedingt die Sozialisten sein — eingehen, die alles Schädliche im heutigen Wirtschaftsleben nur in der Art der heutigen Wirtschaftsordnung, d. h. der kapitalistischen Wirtschaft sieht. Ihr Streben geht dahin, sie zu beseitigen, statt sie zu verbessern.

Oder mit anderen Worten: Es soll die freie Wirtschaft durch die Planwirtschaft ersetzt werden. Hier ist nach dem Kriege ein neues Schlagwort aufgekommen, das Begriff sein soll für ein hauptsächlich von den Gewerkschaften aufgestelltes Wirtschaftsprogramm: Die Wirtschaftsdemokratie.

Anläßlich der letzten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Düsseldorf hat die deutsche Bergwerkszeitung dieses Thema von Wirtschaftsführern und

1) Prof. Dr. A. Günther, „Theorie der Sozialpolitik."

Wissenschaftlern bearbeiten lassen. Interessant ist, daß sämtliche Autoren zur Ablehnung der Wirtschaftsdemokratie kommen, da sie sich durch die Umgestaltung keine Besserung versprechen.

B) Die Zahl der Arbeiter.

Die Gesamtzahl der in der papierherstellenden Industrie beschäftigten Arbeiter beträgt 57750. Die statistische Aufteilung dieser Zahl ergibt folgendes Bild:

	Gesamtzahl	Angestellte	Arbeiter
	57000	6000	51000
davon weiblich	13000	1000	12000

Auffallend ist, daß das Verhältnis der männlichen Angestellten zu den weiblichen 5 : 1 beträgt, bei den Arbeitern dagegen 3,25 : 1. Betrachten wir im Gegensatz hierzu die Verhältniszahlen für die gesamte Industrie, so ergibt sich:

	Insgesamt	Papierindustrie
Angestellte: männlich: weiblich	3.3 : 1	5 : 1
Arbeiter: „ : „	4 : 1	3.25 : 1

Die Papierindustrie zeigt ein der Gesamtindustrie entgegengesetztes Bild. Fragen wir nach den Ursachen.

Das Arbeiten in einer Papierfabrik ist in keiner Weise gesundheitsschädlich. Alles ist hygienisch eingerichtet, es wird in hellen, luftigen Räumen gearbeitet. Die einzelnen Arbeitsverrichtungen sind sehr leicht, auch ist im allgemeinen keine große körperliche Kraft notwendig, um etwa schwere Gegenstände zu transportieren. Die Verrichtungen an der Maschine werden natürlich meistens von männlichen Arbeitern geleistet. Dagegen können die weiblichen Arbeiter die ganze Behandlung des Papiers nach seinem Durchlauf durch die Maschine vornehmen. Ja, hierzu sind sie noch besser geeignet

als ihre männlichen Kollegen. Alle die Arbeitsgänge, die man der Frau überläßt, aufzuzählen, würde zu weit führen. Ich nenne nur Sortieren, Zählen der Bogen, Verpacken usw.

Nimmt man eine Trennung von Angestellten und Arbeitern vor, so will man damit sagen, daß hier auch eine Trennung der Arbeit besteht, d. h. daß die einen nur körperliche, die anderen nur geistige Arbeit leisten. Wir sehen aber, daß dieses nicht immer der Fall ist, wie ja überhaupt die Teilung der Arbeit nach diesen Gesichtspunkten nur rein äußerlich ist. Denn zu einer „körperlichen" Tätigkeit, die z. B. der Meister in einer Papierfabrik ausübt, bedarf es doch eigentlich mehr geistiger als körperlicher Arbeit. Denn, daß er z. B. eine bestimmte Menge Füllstoff oder Leim nimmt, einen bestimmten Hitzegrad im Trockenraum, einen bestimmten Druck an der Presse herstellt, ist ja erst die Folge einer geistigen Vorarbeit.

So ist man denn auch in richtiger Erkenntnis dazu übergegangen, solche Personen nicht mehr als „Arbeiter", sondern als „Angestellte" zu bezeichnen.

In der Papierindustrie ist die Zahl dieser Arbeiter sehr groß, und sie bewirkt — wie umseitige Tabelle zeigt — eine Verschiebung im Verhältnis von Arbeitern und Angestellten im Gegensatz zur Gesamtindustrie. Denn es erfolgt eine Verminderung der Zahl der männlichen Arbeiter und eine Erhöhung der Zahl der männlichen Angestellten. Auch im Verhältnis Arbeiter zu Angestellten wirkt sich dies aus:

	Angestellte		Arbeiter
Gesamtindustrie	1	:	8.5
Papierindustrie	1	:	6.7

In dem Kapitel über Massenproduktion ist festgestellt worden, daß dieselbe zur Folge hat:

Eine Verminderung der Zahl der Betriebe, jedoch ein Anwachsen der Zahl der Beschäftigten oder mit anderen Worten: Es entstehen Großbetriebe auf Kosten der Kleinbetriebe. Dies zeigt folgende Tabelle:

Jahr:	Zahl der Fabriken:	Zahl der Arbeiter:
1897	488	38026
1900	476	40542
1905	481	45982
1910	495	52673
1913	495	58072
1920	441	47446
1927	355	57750

Wir sehen bis zum Kriege noch eine Entwicklung der Papierindustrie auch in Richtung der Zahl der Betriebe. Dann erfolgt aber ein starker Rückgang derselben von 441 im Jahre 1920 auf 355 im Jahre 1927, während die Arbeiterzahl in derselben Zeit um 20% steigt.

Bislang haben wir nur die Zahl der in der Papierherstellungsindustrie beschäftigten Personen betrachtet.

In der gesamten Papierindustrie sind dagegen etwa eine halbe Million Leute beschäftigt.

Zum Schluß lasse ich eine Tabelle folgen, die die Zahl der in verschiedenen Gewerben Beschäftigten wiedergibt:

Gewerbe	Zahl der Beschäftigten
Baugewerbe	1469949
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1345664
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	1220553
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	945357
Bergbau, Salinenwesen, Torfgr.	779473
Eisen- und Metallgewinnung	614564
Papier	569666
Musikinstrumente und Spielwaren	118616

C) Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Die Entwicklung der deutschen Papierindustrie ist stetig fortschreitend. Einer größer werdenden Nachfrage kommt die Industrie durch Produktionssteigerung entgegen, die in den letzten Jahren meist durch Ausnutzung vorhandener Betriebsmittel und nicht durch Neugründungen erfolgte. Größeren Konjunkturschwankungen ist die papierherstellende Industrie nicht unterworfen.

Wenn auch die Einfuhr an Papier sich erheblich gesteigert hat, so ist sie im Vergleich zur Ausfuhr, die ebenfalls eine Steigerung aufweist, doch so gering, daß für die deutsche Papierindustrie kein Grund zur Produktionseinschränkung gegeben ist.

Die allgemeine Lage spiegelt sich natürlich auch auf dem Arbeitsmarkte wider. Die Durchschnittsquote der Vollarbeitslosen und Kurzarbeiter im Jahre 1928 zeigt folgende Tabelle:[1])

	Vollarbeitslose	Kurzarbeiter
Produktionsmittelindustrie	9.63%	3.57%
Papierherstellende Industrie	3.25%	1.7 %

Im Vergleich zur Produktionsmittelindustrie ist die Lage des Papierarbeiters als sehr günstig zu bezeichnen. Denn alle anderen Gewerbe weisen durchschnittlich dreimal so viel Arbeitslose auf wie die Papierindustrie. Einen gleich günstigen Stand finden wir nur noch beim Bergbau.

Über die ganze Bewegung auf dem Arbeitsmarkt führe ich die Zahlen des statistischen Jahrbuchs an, die uns die Arbeitsämter vermitteln. Eine genauere Erfassung ist leider nicht möglich, doch dürften uns diese Zahlen ein ungefähres Bild geben.

1) vgl. Statistisches Jahrbuch 1929.

lnanspruchnahme und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter und nicht gewerbsmässigen Arbeitsnachweise im Jahre 1928:

Papier-Industrie

	Arbeitsgesuche	offene Stellen	Vermittlungen
männlich	28838	12912	12402
weiblich	65433	49290	47901

Da diese Zahlen für die gesamte Papierindstrie gelten, möchte ich keine näheren Ausführungen machen, da dieselben nicht ganz stimmen würden für die uns hier interessierende papierherstellende lndustrie. Auffallend ist das Überwiegen der weiblichen Arbeitskraft sowohl beim Angebot als auch bei der Nachfrage. Der Grund ist auch hier wieder: Eine gleich gute oder noch bessere Befähigung der Frau für die leichten Arbeitsverrichtungen in der Papierindustrie und, worauf ich noch später eingehen werde, der Lohnunterschied.

2. Die Lohnfrage.

A) Der Lohn in der Theorie.

Der Lohn ist jene Gütermenge, die der Arbeiter für seine Arbeitsleistung erhält. Diese Gütermenge wird heute in Geld ausgedrückt und ausgezahlt.

Der Lohn ist ein Arbeitseinkommen im Gegensatze zu jenem Einkommen, das aus Kapitalnutzung fließt.

Von den wichtigsten Theorien, die es über den Lohn gibt, nenne ich nur kurz einige und ihre Vertreter:

Die Theorie des natürlichen und tatsächlichen Lohnes (Smith und Ricardo)
Die Theorie des gerechten Lohnes (Thünen)
Die Theorie der fallenden Lohnquote (Jagetzow)
Die Theorie des ehernen Lohngesetzes (Lasalle)
Die Theorie der Ausbeutung des Arbeiters durch den Unternehmer (Marx)

Wesentlich scheint mir die Kalorientheorie zu sein, die man auch als Lohntheorie ansehen kann.

Danach soll der Lohn so hoch sein, daß die verbrauchten Arbeitskräfte durch die Konsumtivmittel wiederhergestellt werden. Eingehend auf den Kalorienverbrauch des Menschen, der durchschnittlich 3500 Kalorien täglich betragen soll, wird geschlossen, daß der Lohn so hoch sein muß, um eben diese Kalorienmenge zu ersetzen.

Diese Lohnhöhe ist allerdings für ein Existenzminimum gerechnet, das die Lebenshaltung nur biologisch erfaßt und keine Rücksicht auf gesellschaftliche Bedürfnisse nimmt.

Prof. Dr. Günther unterscheidet zwischen physischem und gesellschaftlichem Existenzminimum, welche Unterscheidung wiederum eine Folge der heutigen Gruppenbildung ist. Denn das physische Existenzminimum ist für alle Menschen, die unter den gleichen klimatischen Verhältnissen usw. leben, gleich groß. Wäre keine Gruppenbildung vorhanden, so würde das gesellschaftliche Existenzminimum, das über dem physischen liegt, auch für alle Menschen gleich groß sein. Dies ist jedoch nicht der Fall. Ein Beweis hierfür ist z. B. der Streik einer gut gelohnten Gruppe, die als Vorwand zum Streik den Kampf ums nackte Lebensdasein gibt.

Der Lohn ist der Preis der Arbeit, d. h. der Arbeitsleistung. Daraus folgt, daß für die Höhe des Lohnes auch nur die Arbeitsleistung ausschlaggebend ist. Beim Akkordlohn ist dies ja der Fall, dagegen scheint der Zeitlohn äußerlich mehr eine Entlohnung der „abgearbeiteten" Zeit als der Leistung zu sein. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Denn auch beim Zeitlohn verlangt man eine bestimmte

Leistung, und es ist auch ein Leistungsminimum gegeben, das nicht ohne Lohnkürzung oder Entlassung vom Arbeiter unterschritten werden darf.

Immerhin erweckt es den Anschein, als ob der Akkordlohn gerechter wäre als der Zeitlohn, und wir wollen untersuchen, welche Gründe für und gegen die beiden Lohnformen sprechen.

Der Akkordlohn stellt gewissermaßen eine Brücke vom Arbeits- zum Unternehmerlohn dar. Eine Begrenzung nach oben soll es nicht geben, dagegen wohl eine Begrenzung nach unten (z. B. Schichtlohn im Bergbau). Einen reinen Akkordlohn finden wir heute kaum noch. Die Vorteile des Akkordlohns sind zunächst, daß ein fleißiger Arbeiter gegenüber einem weniger fleißigen ein Mehr an Lohn erhält, das seiner größeren Leistung gerecht wird. Ferner gibt es (theoretisch) keine Lohngrenze. Und es werden durch den Akkord auch tatsächlich Löhne erzielt, die weit über dem Durchschnitt des Lohnes der jeweiligen „Gruppe" liegen: Es ist die Aussicht auf Aufstieg gegeben: Aufstieg zunächst innerhalb der Gruppe für den Lohnempfänger selbst, Aufstieg in andere Gruppen — hier das Wort Gruppen möglichst eng gefaßt — für seine Nachkommen.

Die Nachteile des Akkordlohnes ergeben sich eigentlich daraus von selbst: Ein nicht „haushälterisches" Umgehen mit der Arbeitskraft, sehr früher Verbrauch derselben, Tod und Krankheit. Auch kann auf Kosten der Menge der Produktion die Güte leiden. Außerachtlassung der Betriebsvorschriften haben eine Erhöhung der Unfälle zur Folge. Hinzu kommen die psychischen Beeinflussungen: Neid auf den körperlich kräftigeren, auf den jüngeren Mitarbeiter, der seinen Mehrverdienst nur einem gütigen Geschick der Natur zu verdanken hat und Unlustgefühl bei der Arbeit bei jenen, die trotz des guten Willens nicht so viel leisten können.

Neben dem reinen Zeitlohn finden wir in der Praxis sehr häufig den Zeitlohn mit Prämie oder Gewinnbeteiligung. Die Art der Prämie ist sehr verschieden: Sie kann entweder ein „Äquivalent der erwarteten Mehrleistung“[1]) sein oder „bemüht sein, jenen Faktoren gerecht zu werden, die außerhalb der Leistungssphäre des Arbeiters liegen.“[1]) Eine Prämie der letzen Art ist die Gewinnbeteiligung. Hier scheinen wir auf den ersten Blick den gerechten Lohn zu haben. Und doch kann von einer Gerechtigkeit nicht gesprochen werden. Denn der Arbeiter, der seine vorgeschriebene Verrichtung macht, hat keinen Einfluß auf den Gewinn des Unternehmens. Dieser hängt fast ausschließlich von der Tätigkeit des Unternehmers ab, d. h. von der richtigen oder falschen Kalkulation. Mithin ist natürlich der Gewinn sehr verschieden und die Höhe dieser Prämie für die Arbeiter verschiedener Unternehmungen sehr unterschiedlich. Volkswirtschaftlich — im Gegensatz zu privatwirtschaftlich — gesehen, ist also die Gewinnbeteiligung gerade ein ungerechter Lohn, da sie eine Verschiedenartigkeit der Löhne hervorruft, und da es nicht — oder nur zum sehr geringen Teil — in der Macht des Arbeiters liegt, einen Gewinn überhaupt oder in einer bestimmten Höhe herbeizuführen.

B) Der Einfluß der Gewerkschaften.

Nach Prof. Dr. Günther ist die Gewerkschaft eine durch ihr Berufsmoment hinreichend charakterisierte soziale Gruppe. Gewerkschaft in diesem Sinne braucht nicht unbedingt so eng aufgefaßt zu werden, wie wir es für die Gewerkschaften, die für uns hier in Betracht kommen, tuen.

Die wichtigsten Arbeiter- und Angestelltenverbände nach der Aufstellung des statistischen Jahrbuches 1929 sind:

1) vgl. Prof. Dr. A. Günther, „Theorie der Sozialpolitik.“

Verbandsgruppen	Organ. Arbeiter		Org. Angestellte		Zusammen	
	überhaupt	weibl.	überhaupt	weibl.	überhaupt	weiblich
Freigewerkschaftliche	4415689	680508	415344	82932	4831033	763440
Christl. nationale	720059	121831	454880	74615	1174939	196446
Freiheitl. nationale	202459	13409	340553	75759	543012	89168
Syndikalistische und Arb. Verb. kommun. Richtg.	49824	750	—	—	49824	750
Wirtschaftsfriedliche	—	—	65561	302	65561	302
Selbständige Verbände	20203	3229	241834	31709	262047	34938
Konfessionelle Verbände	24505	23005	10000	10000	34505	33505
Insgesamt	5432749	842732	1528172	275317	6960921	1118049

Gewerkschaftsbewegung und Sozialpolitik treten zu gleicher Zeit auf: Es ist dies kein rein zufälliger Dualismus, sondern tatsächlich sind beide Bewegungen eng miteinander verknüpft, besonders wenn wir Sozialpolitik im engeren Sinne, d. h. als Arbeiterpolitik, und auch Gewerkschaft im engeren Sinne, d. h. als wirtschaftliche Vereinigung nehmen.

Die Ansicht Brentanos, daß die Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt als Verkäufer auf die „Ware Arbeit“ angewiesen seien, nur diese Ware besitzen und mit ihrem Verkauf nicht zurückhalten können, galt bald als allgemein: Sie hat die Gewerkschaftsbewegung sehr gefördert. Denn auch die Gegner derselben mußten einsehen, daß unter diesen Umständen dem Arbeiter ein ganz besonderer Schutz zukommen müsse.

Der Arbeitsvertrag ist Gegenstand der Gewerkschaftspolitik. Sein wesentlichster Bestandteil ist das Entgelt der Arbeit, d. h. der Lohn.

Die Gewerkschaft ist eine Organisation der Arbeitskräfte, die die Vorteile, die das Kapital gegenüber der Arbeiterschaft hat, zugunsten des Arbeiters gestalten will. Sie mußte danach trachten, eine Macht darzustellen, die den „Kampf" aufnehmen kann. Dies hat sie erreicht. Und der Arbeitsvertrag, der heute zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschlossen wird, ist eigentlich schon kein freier Vertrag mehr, da der Tarifvertrag, den die Gewerkschaft mit dem Unternehmer oder dem Unternehmerverbande geschlossen hat, gilt, wenigstens dann, wenn die Bedingungen für den Arbeitnehmer im Tarifvertrag günstiger sind. Das Gesetz hat dies ausdrücklich festgelegt, ja, es geht sogar noch weiter und sieht vor, daß ein Tarifvertrag rechtskräftig durch Gesetz erklärt werden kann.[1])

Im Lohntarif — praktisch findet heute nur noch eine Entlohnung nach Tarifen statt — ist der Mindestlohn festgelegt. Das ist die untere Grenze der freien Lohnvereinbarung. Nach oben sind keine Schranken gesetzt. Die Gewerkschaft beeinflußt den Lohn also insoweit, als sie verlangt, daß für die Ware „Arbeit" ein bestimmter Mindestpreis gezahlt wird. Sie schützt dadurch den Arbeiter vor einer Entlohnung, die unterhalb des Existenzminimums liegt.

Die Gewerkschaft hat natürlich ein Interesse daran, daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt geordnet sind. Denn ganz abnorme Zustände könnten letzten Endes doch eine Außerachtlassung des Tarifsatzes zur Folge haben. Deshalb besteht ein Großteil der gewerkschaftlichen Tätigkeit darin, Arbeitsmarktkrisen zu beseitigen, z. B. durch Erwerbslosenfürsorge, durch Vergütung oder Vorschießen von Reise- und Umzugsgeld.

Ich habe schon kurz angedeutet, daß die Gewerkschaft bestrebt ist, die Macht auf dem Arbeitsmarkt an sich zu

1) Prof. Dr. A. Günther, „Theorie der Sozialpolitik" Seite 287.

reißen. Die Unternehmer haben sich natürlich auch zusammengeschlossen, und es stehen sich nun 2 Machtgruppen gegenüber. Sind beide gleich stark, dann dürften kaum noch Gründe vorhanden sein, die den Lohn von der „natürlichen Höhe" abweichen lassen.

Der Unterschied zwischen einem solchen und einem freien Arbeitsmarkt liegt dann eigentlich nur noch in den Mitteln, die zur Erreichung des Zieles von den Machtgruppen gebraucht werden. Und es steht sich der einzelne als Mitglied eines starken Verbandes auch in diesem Falle besser, als wenn er nur auf sich angewiesen wäre.

C) Die Löhne und Gehälter.

Mir liegt ein Lohntarif vor, der zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie (Papiererzeugung) einerseits und dem Zentralverband christlicher Fabrikarbeiter und Transportarbeiter und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands andererseits abgeschlossen wurde. Er gilt für das westliche Rheinland. Da die Lebenshaltungskosten örtlich verschieden sind, ist ein solcher Tarif immer nur für eine bestimmte Gegend gültig. Selbst in dem vorliegenden Vertrag ist noch eine Ortsklassenunterscheidung durchgeführt.

Stundenlöhne (in Pfennig):

	Ortsklasse I		Ortsklasse II	
	a) Feinpapier-	b) Packpapier-fabriken	a) Feinpapier-	b) Packpapier-fabriken
Lohngr. 1a	98	96	92	91
„ 1b	91	90	86	85
„ 2	88	87	83	82
„ 3	85	84	80	79
„ 4	82	81	78	77
„ 5	79	78	75	74
„ 6a	85 — 98	84 — 96	80 — 92	79 — 91
„ 6b	69 — 76	68 — 75	65 — 71	64 — 71
„ 7	82 — 85	81 — 84	78 — 80	77 — 79

Vorarbeiterzulage 7 Pfg.

Jugendliche Arbeiter

über 14 Jahre	22	22	21	21
„ 15 „	24	24	23	23
„ 16 „	29	29	27	27
„ 17 „	36	35	34	33
„ 18 „	48	48	45	45
„ 19 „	54	53	51	50
„ 20 „	65	64	61	60
„ 21 „	69	68	65	64

Arbeiterinnen

über 14 Jahre	21	21	20	20
„ 15 „	22	22	21	21
„ 16 „	25	25	24	24
„ 17 „	28	28	26	26
„ 18 „	36	35	34	33
„ 19 „	45	45	43	42
„ 20 „	54	53	51	50

Staubzulage.

Lumpenschneider, Lumpendrescher und Lumpenkocherfüller, Strohschneider, Strohkocherfüller, soweit sie trocken füllen, sowie Lumpensortiererinnen erhalten einen Zuschlag für jede Arbeitsstunde von 2 Pfg.

Wochenzulage.

Verheiratete Arbeiter mit mehr als einem Kind unter 14 Jahren erhalten einen Zuschlag von 10% auf ihren Stundenlohn.

Wir haben gesehen, wie hoch der Prozentsatz der weiblichen Arbeiter in der Papierindustrie ist. Der geringere Lohn ist ein Grund hierfür: Der Durchschnittslohn in Feinpapierfabriken (Ortsklasse 1) beträgt für Arbeiterinnen 33 Pfg., für Arbeiter (14 — 21 Jahre) dagegen 40 Pfg. Der Lohnunterschied macht also 17.5% aus. Wird die Arbeiterin zu höher bezahlten Arbeiten herangezogen, erhält sie allerdings einen Zuschlag von 5 — 20%. Man wird, wenn sich dadurch der Lohn ausgleicht, nur dann noch Arbeiterinnen anstellen, wenn sie für die betreffende Arbeitsverrichtung besser geeignet sind als die männlichen Arbeiter. Jedoch dürfte wohl in keinem Falle die Arbeit der Arbeiterinnen unter die Lohngruppen 1 — 7 fallen.

Nach dem Reichsarbeitsblatt betrug der Stundenlohn in verschiedenen Gewerben am 1. November 1929:

Gewerbe	Gelernte		Ungelernte	
	Stundenlohn Pfennig	Wochenlohn Mark	Stundenlohn Pfennig	Wochenlohn Mark
Bergbau	123.9	59.46	78	42.12
Metallindustrie	103.1	50.56	77.3	37.89
Chem. Industrie	107.9	51.79	89.4	42.91
Baugewerbe	140.9	67.22	116.1	55.44
Holzgewerbe	123.5	58.35	106.4	50.28
Papiererzeugung	87.2	41.86	78.35	37.61
Buchdruck	116.9	56.12	101.8	48.85
Durchschnitt	115.9	55.97	86.1	42.94

Der Lohn in der papiererzeugenden Industrie liegt erheblich unter dem Durchschnittslohn. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß die Papierfabriken in ländlichen Gegenden liegen und damit auch unter billige Ortsklassen fallen. Vor dem Kriege war der Unterschied sogar noch größer. So betrug 1913 der Lohn des gelernten Papierarbeiters nur 60% des Durchschnittslohnes des gelernten Industriearbeiters.

In den letzten Jahren hat der Lohn stetig zugenommen, wie folgende Tabelle zeigt:

Papiererzeugende Industrie.

Jahr	Gelernte		Ungelernte	
	Stundenlohn Pfennig	Wochenlohn Mark	Stundenlohn Pfennig	Wochenlohn Mark
1913	32.6	21.57	29.4	17.73
1925 (Oktober)	68.1	32.70	61.3	29.44
1926 „	68.4	32.85	61.6	29.58
1927 „	75.5	36.22	67.9	32.57
1928 „	82.9	39.79	74.5	35.76
1929 „	87.2	41.86	78.35	37.61

Die tatsächliche Höhe des Lohnes läßt sich aber erst durch die Kaufkraft des Geldes feststellen; es ist deshalb eine Berücksichtigung des jeweiligen Indexes der Lebenshaltungskosten notwendig. Denn man kann sonst zu dem Trugschluß gelangen, daß eine Lohnerhöhung auch einer Vermehrung der erarbeiteten Gütermenge gleichkomme. Ich lasse deshalb die Reallöhne $\frac{(\text{Nominallohn} \times 100)}{(\text{Index})}$ folgen. Ich führe der Einfachheit halber diese Untersuchung nur für Stunden- und Wochenlöhne des gelernten Arbeiters durch:

Jahr	Stundenlohn in Pfennig		Wochenlohn in Mark		Index
	Nominallohn	Reallohn	Nominallohn	Reallohn	
1913	32.6	32.6	21.57	21.57	100
1925	68.1	48.7	32.70	23.4	139.8
1926	68.4	48.4	32.85	23.3	141.2
1927	75.5	51.2	36.22	24.5	147.6
1928	82.9	54.6	39.79	26.2	151.7
1929 (1. 5.)	87.2	56.7	41.86	27.27	153.5

Die Reallöhne geben uns erst den tatsächlichen Lohnunterschied an. Gegenüber dem Jahre 1913 sind die Stundenlöhne von 32.6 auf 56.7, die Wochenlöhne von 21.57 auf 27.27 gestiegen. Das Verhältnis zwischen Stunden- und Wochenlohn ist durch die Einführung des Achtstundentages verschoben worden. Während heute die wöchentliche Stundenzahl 48 beträgt, errechnen wir für 1913 eine solche von ungefähr 66 Stunden. Es hat sich also die Lage des Arbeiters sehr zu seinem Vorteil verändert. Die Arbeitszeit ist um rund 27% gekürzt, der Reallohn dagegen ist um über 26% gestiegen.

Auch in den letzten Jahren — nach der Inflation — ist der Lohn stets gestiegen: Von 23.4 im Jahre 1925 auf 27.27 (Reallohn) im Jahre 1929.

Wir wollen nicht untersuchen, ob diese Lohnsteigerung für die Wirtschaft gut oder schlecht ist, ob sie sich einem erhöhten Lebensminimum angepaßt hat, oder ob dieses Lebensminimum auf Grund der Lohnerhöhung stieg. Bei Ausschaltung aller gesamtwirtschaftlichen Momente ist die Lohnerhöhung zu begrüßen. Tatsächlich erreicht wurde sie durch die Gewerkschaften, deren Macht die Festlegung der Tariflöhne in dieser Höhe erwirkte.

Der mir vorliegende Gehaltstarifvertrag wurde zwischen demselben Arbeitgeberverband und folgenden Gewerkschaften geschlossen:

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband,
Verband der weibl. Handels- und Büroangestellten,
Deutscher Werkmeisterbund,
Gewerkschaftsbund der Angestellten,
Bund technischer Angestellten und Beamten,
Deutscher Werkmeister-Verband,
Zentralverband der Angestellten.

Gehaltstarif.

Kaufmännische und technische Angestellte.

Gruppe A

Vom 18.—21. Lebensjahr	105.—	bis 145.—	Mark
nach dem 21. Lebensjahr	140.—	„ 185.—	„

Gruppe B

Nach Beendigung der Lehre oder einer gleichwertigen Vorbildung	105.—	bis 145.—	Mark
vom vollendeten 18—21. Lebensjahr	140.—	„ 180.—	„
„ „ 21.—25. „	165.—	„ 195.—	„
„ „ 25.—30. „	185.—	„ 240.—	„
über 30 Jahre mindestens	235.—	Mark	

Gruppe C

In dieser Gruppe erfolgt die Zahlung ausschließlich nach Leistung. Das Mindestgehalt beträgt ohne Rücksicht auf das Alter 290.— Mark.

Werkmeister.

Die Bezahlung der Werkmeister erfolgt ausschließlich nach Leistung. Die Mindestgehälter betragen ohne Rücksicht auf das Alter

Gruppe A	220.—	Mark
„ B	278.—	„
„ C	320.—	„

Lehrlinge

im 1. Jahre	20.—	Mark
„ 2. „	30.—	„
„ 3. „	40.—	„

Soziale Zulagen.

Die soziale Zulage beträgt für die Ehefrau und für jedes Kind je 10.— Mark.

Die Zulage wird gezahlt für jedes Kind unter 16 Jahren und für diejenigen Kinder, die älter sind als 16 Jahre, aber eine Schule, Technikum, Universität oder sonstige Lehranstalt besuchen.

Zu Anfang dieses Tarifes steht der Satz: Die Gehaltssätze dieses Tarifvertrages sind Mindestsätze. Die Entlohnung der Angestellten erfolgt grundsätzlich nach Leistung. Daraus ergibt sich, daß wir eine Untersuchung, wie wir sie beim Lohn durchgeführt haben, hier nicht vornehmen können. Denn es besteht in der Praxis bei den Gehältern tatsächlich eine Entlohnung nach Leistung. Es könnten sich deshalb Berechnungen und Untersuchungen nur jeweils auf einen Betrieb erstrecken und hätten keine Gültigkeit für die ganze Industrie.

Für weibliche Angestellte ist die Gehaltssumme 10% niedrieger als für männliche.

Finden wir beim Lohn einen Zuschlag nur für Kinder bis 14 Jahren, so ist dieser Zuschlag dem Gehaltempfänger sogar für großjährige Kinder zu zahlen, die noch nicht im Beruf stehen. Es liegt darin ein eingehen auf den „Gruppen"-Unterschied.

Die Staffelung beim Lohntarif ist genauer durchgeführt als diejenige des Gehaltstarifs. Finden wir dagegen bei

ersterem Tarif nur eine Staffelung nach Klassen, so ist für den Gehaltstarif noch einmal eine Unterteilung der Klassen nach dem Alter durchgeführt.

Vergleichszahlen für das Gehalt liegen mir leider nicht vor. Doch dürften die Gehälter nicht in demselben Maße gestiegen sein wie die Löhne.

Auch hier wollen wir die Tatsache hinnehmen und nicht nach den tieferen Ursachen dieser Erscheinung suchen. Immerhin erweckt es den Anschein, als ob die Gewerkschaften der Arbeiter bei dem Kampf um den Lohn eigentlich nur auf das Wohl des Arbeiters sehen, während die Angestelltenverbände auch die allgemeinwirtschaftliche Lage berücksichtigen und es dem Unternehmer oder der Unternehmung überlassen, die Gehälter dem Geschäftsgange und der Leistung des einzelnen anzupassen.

3. Die Sozialpolitik.

A) Die Organisation der Sozialpolitik.

Die sozialpolitische Initiative in Deutschland ging und geht zunächst vom Staat aus. Es ist eigentlich typisch für den Deutschen, während der Amerikaner in seiner vollkommen anderen Einstellung zum Staate heute noch keine staatliche Sozialpolitik — wenigstens nicht, soweit sie sich als System offenbart — kennt; alle Maßnahmen sozialpolitischen Charakters gehen in Amerika von der Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik aus.[1]) Prof. Dr. Günther behandelt in einem längeren Aufsatz das Thema „Die Autonomie des sozialen Gedankens." Unter der Autonomie soll verstanden werden: Unabhängigkeit des sozialen Handelns und des sozialen Gedenkens von Parteiwesen, Staatsform, Regierungswechsel.

1) Windschuh, „Sozialpolitik zwischen Demokratie und Autonomie." (Aufsatz)

Waren es vor dem Kriege gerade die Arbeitnehmer, bezw. die Gewerkschaften, die diese Autonomie erstrebten, so haben sich nach dem Kriege die Unternehmer dafür eingesetzt, und klar zum Ausdruck gebracht, daß sie „die Autonomie des sozialen Gedankens" forderten und „eine grundsätzliche Unabhängigkeit des sozialen Versicherungswesens von der Gestaltung der Staatsform"[1]) verlangten.

B) Die sozialen Einrichtungen staatlichen Charakters.

a) Die Sozialversicherung.

aa: Allgemeines.

Als wichtigster und uns in diesem Abschnitt fast ausschließlich interessierender Faktor der Sozialpolitik tritt uns die Sozialversicherung entgegen. Durch Gesetz werden Angestellte und Arbeiter gezwungen, der Sozialversicherung beizutreten. Die Zweige der heutigen Sozialversicherung sind:

Kranken-, Erwerbslosen-, Invaliden- und Angestellten-Versicherung.

Der im Kapitel über den Arbeitsmarkt erwähnten Konsumtion der Arbeitskraft steht natürlich die Produktion gegenüber. Und der Konsumtion ist durch die Produktion eine Grenze gesetzt.

Zu der einfachen Produktion, der Kräfteerzeugung und Kräfteerneuerung, kommt aber noch die Repruduktion von Arbeitskraft (Nachwuchs) und muß im Lohn berücksichtigt werden.

Die Sozialversicherung ist praktisches Beispiel der Tendenz, „die Kosten nicht mehr dem Einzelnen allein aufzuerlegen,

1) Günther, „Die Autonomie des sozialen Gedankens" (Aufsatz).

sondern durch Übernahme gewisser Ausgaben auf Staat und Gemeinde Garantien für sachgemäße Aufzucht und Reproduktion der Arbeitskraft zu gewinnen."[1])

Die Sozialversicherung ist eng mit dem Lohn verknüpft. Es sollte ein gerechter Lohn so hoch sein, daß er die Kosten für Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft deckt.

Oder mit anderen Worten: Der Lohn muß so hoch sein, daß die Lebenshaltungskosten des Arbeiters und seiner Familie gedeckt werden können. Die Lebenshaltungskosten bleiben aber gleich hoch, auch wenn der Arbeiter durch Krankheit, Invalidität verhindert ist, voll oder teilweise zu arbeiten. Ebenfalls bestehen bleiben die Lebenshaltungskosten für die Familie beim Tode des Arbeiters.

Ein gerechter Lohn muß so hoch sein, daß er auch noch die Bildung von Kapital zuläßt, das in den oben angegebenen Fällen — Krankheit, Invalidität, Tod des Ernährers — zur Deckung der Lebenshaltungskosten verwandt wird. Denn die Privatwirtschaft ist nicht imstande, einen Lohn weiter zu zahlen, wenn keine Konsumtion der Arbeitskraft erfolgt.

Es ist jedoch fraglich, ob dieser gerechte Lohn tatsächlich zur Kapitalbildung führen würde. Denn Kapital kann nur durch Sparen gebildet werden. In vielen Fällen würde aber nicht gespart, sondern ein „luxuriöseres" Leben geführt werden. Die Folge wäre, daß das gesellschaftliche Existenzminimum steigt. Damit wäre aber praktisch wieder der alte Zustand errreicht und bei einem Lohnausfall müßten die Kosten der Lebenshaltung von einem Dritten oder der Allgemeinheit (der Wirtschaft, der Gemeinde, dem Staate usw.) getragen werden.

Bei diesen Betrachtungen ging ich vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus. Denn volkswirtschaftlich gesehen, ist

1) Prof. Dr. A. Günther, „Theorie der Sozialpolitik."

es vollkommen gleich, wer der augenblickliche Träger von Lasten ist. Letzten Endes geht jede Belastung doch auf die gesamte Wirtschaft zurück.

So tritt uns auch die Sozialversicherung gewissermaßen als ein Verteilungsinstitut entgegen, das dem einzelnen die Sorge für Krankheit, Invalidität, Alter und Hinterbliebene abnimmt.

Dies ist allen Sozialversicherungen gemein. Darüber hinaus ist die Erwerbslosenversicherung ein Schutz für diejenigen, die keine Nutznießer sind, sondern deren Arbeitskraft voll konsumiert wird. Denn es würden die Arbeitslosen doch einen so gewaltigen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausüben, daß der Lohn sinken würde; durch die Erwerbslosenfürsorge soll die Konkurrenz, die zur Unterbietung führen würde — Arbeiten für einen Lohn, der unter dem Existenzminimum liegt — ausgeschaltet werden.

bb) Statistik der Sozialversicherung.

Eine Gegenüberstellung der Einnahmen zu den Ausgaben der Sozialversicherung ergibt ohne Arbeitslosenversicherung eine Einnahme von 4.2 Milliarden, eine Ausgabe von 3.4 Milliarden Mark.

Die 4.2 Milliarden der Einnahmen bestehen aus 3.9 Milliarden Beiträge und 0.3 Milliarden Vermögensertrag. Die Ausgaben zerfallen in Leistungen (92%) und Verwaltungskosten (6.3%).

Der Einnahmeüberschuß beträgt 722 Millionen Mark, der eine Erhöhung des Vermögens der Sozialversicherungsträger auf 3.4 Milliarden zur Folge hat.

Es fragt sich nun, ob eine Kapital- oder besser Vermögensbildung in der Sozialversicherung gerechtfertigt ist und wenn ja, ob in dieser Höhe. Denn die Lasten hat die Wirtschaft

zu tragen, und eine Vermögensbildung an dieser Stelle entzieht der Wirtschaft lebenswichtiges Kapital. In einer gutgehenden Wirtschaft wird das nicht sehr viel ausmachen. Jedoch empfindet unsere heutige Wirtschaft die geringste Kapitalentziehung als sehr störend, und die Soziallasten tragen nicht zuletzt dazu bei, daß noch immer Krisen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft bestehen und nicht zu bannen sind.

Es muß sich die Sozialversicherung immer der Wirtschaftslage anpassen und sie kann nicht ohne schädliche Folge einfach mechanisch einen Weg zur Kapitalbildung einschlagen. Das Anlegen von Reserven sollte nie in wirtschaftlich schlechten Zeiten erfolgen.

Die Sozialversicherung gibt aber nur einen Teilausschnitt der gesamten Sozialbelastung wieder. Es müssen noch die Anteile der Gemeinden, der Etat des Reichsarbeitsministeriums (Erwerbslosenversicherung) hinzugerechnet werden, sodaß wir für das Jahr 1928 auf eine Sozialbelastung der Wirtschaft von 8.8 Milliarden Mark kommen.

Der Aufwand für die Sozialversicherung hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen,

Jahr:	Aufwand in Milliarden Mark:
1913	1.4
1924	2
1927	4.25
1928	5.2 (4.2 u. 1 Arbeitslosenversicherung)

Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Belastung um ungefähr 30%, gegenüber dem letzten Jahre um über 20% gestiegen.

Interessant in diesem Zusammenhang dürfte sein, daß die Gesamtstaatsausgaben in derselben Zeit von 6 Milliarden (1913) auf 25 Milliarden (1928) angewachsen sind.

cc: Die Beiträge zur Sozialversicherung.

Die Einnahmen der Sozialversicherung bestehen aus den Beiträgen, aus Vermögensertrag (Rente) und aus den Zuschüssen des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

Wie ich schon angeführt habe, ist die Rente nicht bedeutend im Vergleich zu den anderen Einnahmequellen. Die Zuschüsse ihrerseits werden natürlich wiederum durch die Steuern gedeckt, die in dieser Verwendung als indirekte Versicherungsbeiträge betrachtet werden können. So werden die Beiträge der Gemeinde für die soziale Wohlfahrt und Fürsorge hauptsächlich aus den Gewerbesteuern bestritten.

Es sei hier ein kurzes Eingehen auf die steuerliche Belastung der Papierindustrie gestattet. Von den Steuern entfallen 65% auf Reichs- und 35% auf Landessteuern. An der Spitze der Landessteuern steht die Hauszinssteuer mit 25%. Die übrigen Landessteuern machen insgesamt 29% aus. Der Anteil der einzelnen Steuerarten an der Reichssteuer ist:

Umsatzsteuer	35%
Körperschaftssteuer	27%
Einkommensteuer	17%
übrige Reichssteuer	21%

Wir sehen daraus, daß die Gewerbesteuer mit 16.10% der gesamten Steuer einen bedeutenden Fond bildet, der zur Deckung der Soziallasten seitens der Gemeinde dient.

Die Beiträge sind die Haupteinnahmequelle der Sozialversicherung. Gemäß der Tendenz der Versicherung sind sie nicht nur von der in Betracht kommenden Gruppe, in diesem Falle der Arbeitnehmer, sondern auch von den Arbeitgebern zu entrichten, ohne daß die letzteren für sich eine Nutznießung in Anspruch nehmen könnten.

Der Invalidenversicherung der Arbeiter entspricht die Angestelltenversicherung. Die zu leistenden Beiträge sind in den folgenden Tabellen zusammengefaßt:

Invaliden-Versicherung

Wöchentliche Lohnsumme	Wöchentlicher Beitrag	
	des Arbeiters	des Unternehmes
bis 6.— Mark	0.15 Mark	0.15 Mark
6.— „ 12.— „	0,30 „	0.30 „
12.— „ 18.— „	0.45 „	0.45 „
18.— „ 24.— „	0.60 „	0.60 „
24.— „ 30.— „	0.75 „	0.75 „
30.— „ 36.— „	0.90 „	0.90 „
36.— und mehr	1.— „	1.— „

Angestellten-Versicherung.

Monatl. Gehalt	Jährl. Gehalt	Monatl. Beitrag	
		d. Angest.	d. Untern.
bis 50.— Mk.	bis 600 Mk.	1.— Mk.	1.— Mk.
50.— „ 100.— „	600 „ 1200 „	2.— „	2.— „
100.— „ 200.— „	1200 „ 2400 „	4.— „	4.— „
200.— „ 300.— „	2400 „ 3600 „	6.— „	6.— „
300.— „ 400.— „	3600 „ 4800 „	8.— „	8.— „
400.— „ 500.— „	4800 „ 6000 „	10.— „	10.— „
500.— „ 600.— „	6000 „ 7200 „	12.50 „	12.50 „
600.— „ 700.— „	7200 „ 8400 „	15.— „	15.— „

Während die Lohnempfänger immer versicherungspflichtig sind, hört die Zwangsversicherung der Angestellten bei 700 Mark auf. Hier ist auch die Staffelung der Beträge ganz durchgeführt, während die Staffelung der Beiträge für die Invalidenversicherung nur bis zu einer gewissen Lohnhöhe (36 Mark) durchgeführt ist und bei höheren Löhnen der Beitrag für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichbleibend

je 1 Mark beträgt. Prozentual bleibt der Beitrag für die Angestellten ungefähr gleich, wohingegen ein höher entlohnter (gelernter) Arbeiter gegenüber dem ungelernten prozentual einen geringeren Beitrag zu zahlen hat.

Eine Höchstgrenze für Arbeiter ist wohl aus dem Grunde nicht festgelegt worden, da ja in der Praxis tatsächlich der Lohn eine bestimmte Höhe nicht überschreitet und qualifizierte Arbeiter Gehaltsempfänger sind.

Eine Höchstgrenze für Gehaltsempfänger hat man aus den im theoretischen Teil schon erwähnten Gründen geschaffen. Denn von einer gewissen Höhe ab reicht das Einkommen nicht nur zur Befriedigung der Lebenshaltungskosten — im weitesten Sinne des Wortes, — sondern auch zur Kapitalbildung, zur Schaffung einer Reserve. Es bleibt natürlich dem einzelnen überlassen, trotzdem noch eine Versicherung einzugehen. Doch ist dies ja kein Faktor der Sozialpolitik mehr, sondern ausschließlich ein wirtschaftlicher.

Der durchschnittliche Prozentsatz der Beiträge beträgt bei der Invalidenversicherung 5.54% (Arbeitnehmer und Arbeitgeber je 2.72%) und bei der Angestelltenversicherung ungefähr 4% (Arbeitnehmer und Arbeitgeber je 2%). Es kommt in dem Unterschied von 5.54 zu 4% die Mehrinanspruchnahme der Versicherung durch die Arbeiter als durch die Angestellten zum Ausdruck. Denn es ist das Arbeiten in einer Werkstatt oder einem Fabrikraum doch gesundheitsschädlicher — trotz aller hygienischen Maßnahmen — als das Arbeiten in einem Büro. Ich habe natürlich den allgemeinen Fall angenommen, denn immer braucht sich der Unterschied zwischen Lohn und Gehalt nicht durch den Unterschied: Werkraum — Büro zu kennzeichnen.

Hat man hier schon einen Unterschied in der Besteuerung gemacht, so hätte man auch weitergehend einen Unterschied innerhalb der Invalidenversicherung — für die Angestelltenversicherung ist es wohl nicht wesentlich — machen müssen.

Denn was ich vorhin ausgeführt habe, trifft ja auch für die einzelnen Gewerbe zu. Es soll jedoch nicht verkannt werden, daß sich theoretisch dieser Unterschied sehr leicht nachweisen und durchführen läßt, in der Praxis jedoch erhebliche Schwierigkeiten, wenn nicht Unmöglichkeiten bestehen.

Die Altersgrenze liegt heute bei 65 Jahren, d. h. bei Erreichung dieses Lebensalters ist der Versicherte rentenbezugsberechtigt. Die Höhe dieser Rente ist abhängig von den eingezahlten Beiträgen, leider aber nicht immer so hoch, daß sie dem Invaliden ein sorgenfreies Alter verschafft.

Es tritt dann nicht selten der Fall ein, daß die Allgemeinheit, die die Sorge für die Beschaffung der Lebenshaltungskosten im arbeitsunfähigen Alter dem Arbeiter abnehmen sollte, in Wirklichkeit dies jedoch nicht tut, sodaß der Invalide, der sich auf die Rente in genügender Höhe verlassen hat, doch noch einen Nebenerwerb ausüben oder auf Kosten Dritter leben muß.

Die Beiträge zur Krankenversicherung sind für Arbeiter und Angestellte gleich groß und betragen 6% des Einkommens. Davon entfallen 2/3 (4%) auf den Arbeitnehmer und 1/3 (2%) auf den Arbeitgeber. Ebenso wie bei der Angestelltenversicherung ist auch hier wieder eine Höchstgrenze der Zwangsversicherung. Sie liegt bei 300 Mark monatlichem Einkommen. Für Lohnempfänger besteht keine Höchstgrenze.

Auch hier hält die Papierindustrie einen Vergleich mit den anderen Industrien wohl aus. Auf hygienische Einrichtungen, auf Lage der Fabriken bin ich schon eingegangen. Die Arbeitsverrichtungen selbst sind sehr einfach, einer körperlichen Anstrengung bedarf es dabei nicht. Eine Berufskrankheit kommt auch nicht vor, da weder Dämpfe noch Säuren usw. entwickelt werden.

Aus all den angeführten Gründen komme ich zu dem Schluß, daß bei der Krankenversicherung die Beiträge der Papierleute nicht nur die Aufwendung für dieselben decken, sondern darüber hinaus einen Aktivposten im Versicherungsetat ausmachen.

Die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung betragen 3½% des Einkommens für Angestellte und Arbeiter. Der Arbeitgeber zahlt davon die Hälfte oder 1.75% sodaß also 1.75% vom Lohn oder Gehalt abgezogen werden. Auch hier sind die Angestellten wiederum nur bei einem Einkommen bis zu 700 Mk. monatlich versicherungspflichtig und der Prozentsatz geht nur bis zu 300 Mark, sodaß also der höchste Beitrag 5.25 Mk. beträgt.

Die Zahl der in der papierherstellenden Industrie beschäftigten Personen ist in den letzten Jahren bedeutend gestiegen: von 48000 im Jahre 1920 auf 57000 im Jahre 1927. Die Produktion steigt, die Ausfuhr steigt. Konjunkturkrisen ist die Papierindustrie nicht unterworfen oder doch nur in bescheidenem Maße. Die Vervollkommnung der technischen Produktionsmittel geht weiter, doch sind die Verbesserungen nicht von so einschneidender Umwälzung, daß Arbeiterentlassungen in Frage kommen. Auch die Rationalisierungsmaßnahmen haben keine Arbeiterentlassungen zur Folge gehabt. Denn die Papierindustrie hat ja eigentlich schon von Anfang an das System des laufenden Bandes, die Fließarbeit gekannt. Man bezeichnet wohl nicht zu Unrecht die Papiermaschine als Vorbild des laufenden Bandes. Auch die Materialbewegung ist schon immer in rationalisierter Form durchgeführt worden. Ferner sind durch Kartell- oder Konzernzusammenschlüsse keine Stillegungen erfolgt, die zum mindesten eine örtliche Arbeiterentlassung zur Folge gehabt hätten.

Wir kommen auf Grund der oben angeführten Tatsachen auch bei der Erwerbslosenversicherung zu dem gleichen Ergebnis, daß die papierherstellende Industrie soziale Lasten trägt, die ihr nur in kleinerer Menge wieder zugute kommen.

Wie hoch sind nun insgesamt die Beiträge, die Angestellte und Arbeiter für die Sozialversicherung zu leisten haben?

Versicherungsart	Angestellte	Arbeiter	Arbeitgeber	in % des Bruttoeinkommens
Angestellten bezw. Invalidenversicherung	2	2.77	2	2.77
Krankenversicherung	4	4	2	2
Erwerbslosenversicherg.	1.75	1.75	1.75	1.75
Insgesamt	7.75	8.52	5.75	6.52

Einschließlich des Arbeitgeberanteils betragen die Beiträge zur Sozialversicherung 12% des Arbeitseinkommens. Außerdem geht vom Einkommen auch noch die Steuer ab, sodaß also ein wesentlicher Unterschied (ungefähr 10%) zwischen Brutto- und Nettolohn oder -gehalt besteht.

b) Die übrigen Einrichtungen.

Von den vielen Gebieten der Sozialpolitik interessiert uns neben der Sozialversicherung jenes besonders, das den Schutz des Arbeiters als Gegenstand hat. Es ist dabei nicht unbedingt erforderlich, daß nur die eine „Gruppe" die Vorteile hat, sondern es kommt da mehr auf die Absicht des Gesetzgebers an. Und wir wenden uns jenen sozialen Einrichtungen zu, die durch Gesetz dem Arbeiter zunächst einen gewissen Schutz gewähren. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob er diesen Schutz gewollt hat, ja, ob er nicht gegen einen solchen gesetzlichen Schutz ist, der letzten Endes auch ihm gewisse Fesseln auferlegt.

Wenn wir die Entwicklung des Gewerbewesens betrachten, so können wir 3 Abschnitte unterscheiden:

1. Daz zunftmäßige Gewerbe.
2. Das Gewerbe unter staatlicher Kontrolle (z. Zt. des souveränen Staates und des Polizei-Staates).
3. Das freie Gewerbe (im Grundrechtsstaat).

Der Übergang zum freien Gewerbe vollzog sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bei unserer heutigen Auffassung vom Staat und Einstellung zum Staat ist es selbstverständlich, daß diese Freiheit keine Schrankenlosigkeit bedeutet: Durch Gesetze, Verordnungen und Verfügungen greift heute der Staat in das Gewerbe ein. Gerade Deutschland als Industrieland ist hier stets bahnbrechend für alle anderen Länder gewesen (nicht immer zu seinem Vorteil). Ursprünglich wurden nur große Richtlinien aufgestellt, die gewissermaßen eine rein äußere Einflußnahme auf das Gewerbe bedeuteten. Von sozialen Einrichtungen des Staates für das Gewerbe im allgemeinen und für die Industrie im besonderem können wir erst seit Ende des 19. Jahrhunderts sprechen. Der Umschwung in den sozialpolitischen Anschauungen war Grund für Änderungen der bestehenden Gesetze, die von weiter Tragweite waren. Das Arbeiterrecht wurde auf einen vollkommen neuen Boden gestellt. Ging vorher der Staat von „kapitalistischen" Gesichtspunkten aus, so findet nunmehr die Einflußnahme von „sozialen" Gesichtspunkten aus statt. Es soll hiermit nicht gesagt sein, daß Kapitalismus Sozialpolitik ausschlösse. Und in jüngster Zeit findet bei der sozialpolitischen Gesetzgebung der Übergang von der „sozialen" zur „sozialistischen" Tendenz statt.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich zwangsläufig, daß der Einfluß des Staates auf die Sozialpolitik und ihre Einrichtungen immer größer wird. Es soll hier nicht untersucht werden, ob dies zum Vorteil oder zum Nachteil der direkt

Betroffenen und letzten Endes der Wirtschaft des Volkes, ja, der einzelnen Bürger selbst geschieht. Wir sehen jedoch, wie in der Praxis durch die allgemein gültigen Zwangsvorschriften die sozialen Einrichtungen sehr oft nicht mehr als solche wirken, sondern für beide Teile Fesseln bedeuten. Ohne dieselben würde eine freiere Entfaltung der Wirtschaft eintreten, die nur zum Vorteil sein könnte.

Im folgenden führe ich die sozialen Einrichtungen staatlichen Charakters an, die besonders für die Industrie (Fabrikbetrieb) gesetzlich geschaffen worden sind.

Den „Lohnschutz" besprach ich schon bei den Betrachtungen über Lohn und Gewerkschaft.

Lange bevor die Beschränkung der Arbeitszeit durch Gesetz erfolgte, war in Papiermacherkreisen eine starke Stimmung für die Sonntagsruhe vorhanden. 'Auf einer Generalversammlung des Vereins Deutscher Papierfabrikanten im Jahre 1892 wurde bereits folgender Antrag gestellt;

„Die in Aussicht stehende Kaiserliche Verordnung wegen der Sonntagsruhe ist nicht erst abzuwarten, vielmehr soll schon, am 1. Juli 1892 beginnend, eine 24-stündige Sonntagsruhe eintreten. Ein Verstoß gegen diesen Beschluß soll mit einer Konventionalstrafe von 1000 Mark für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlungen belegt werden, sobald für 75 Prozent aller deutschen Maschinen der Beitritt erklärt worden ist."

Dieser Antrag ging allerdings nicht durch. Erst die Kaiserliche Verordnung brachte die Sonntagsruhe. Sie bestimmt, daß u. a. auch in Fabriken Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen. Die Ruhezeit beträgt bei einem Sonn- oder Festtag 24 Stunden, bei zwei aufeinanderfolgenden 36 Stunden, Weihnachten, Ostern und Pfingsten 48 Stunden. Diese Bestimmung gilt natürlich

mit der Einschränkung, daß Arbeiten, die zur Instandhaltung, zur Beaufsichtigung des Betriebes, zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen dienen, vorgenommen werden dürfen. Jedoch muß dann den Arbeitern ein Ruhetag während der Woche gewährt werden. Für die Papier-Industrie wird eine Ausnahme vom Verbot der Sonntagsarbeit gemacht für den Betrieb der Zellstoffkocher, der Entwässerungsmaschinen, der Laugebereitung, des Mahlzeuges sowie für das Trocknen der Pappdeckel im Freien und für die Heizung von Trockenräumen. Es sind dies Vorarbeiten, ohne welche die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebes nicht erfolgen könnte und solche Arbeiten, deren Unterlassung das Mißlingen des Arbeitserzeugnisses (Papier) zur Folge hätte.

Soweit die Papier-Industrie noch von Wasserkraft abhängig ist, gilt die Bestimmung, daß wegen der Unregelmäßigkeit der Wasserkraft Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit gemacht werden können. Für die Praxis spielt dies jedoch kaum noch eine Rolle, da die meisten Papierfabriken schon lange von der Wasserkraft abgekommen sind oder durch Wasserregulierung (Anlage von Stauseen usw.) nicht mehr von dem jeweiligen Stande des Wasserlaufs abhängig sind.

Neben der Sonntagsruhe ist auch der Maximal-Arbeitstag genau geregelt und festgelegt. Für Fabrikarbeiter darf ausschließlich der Pausen die regelmäßige werktätige Arbeitszeit die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Ein Ausfall von Arbeitsstunden kann allerdings nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung durch Mehrarbeit an einem andern Tage ausgeglichen werden.

Für Angestellte besteht schon im vorhinein die Ausnahme, daß durch Tarifvertrag eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit getroffen werden kann. Es kann nämlich vereinbar

werden, daß an die Stelle der 8-stündigen Tagesarbeitszeit die 48-stündige werktägige Wochenarbeitszeit oder die 96-stündige werktätige Doppelwochenarbeitszeit tritt.

Eine entsprechende tarifliche und verbindliche Vereinbarung kann auch für den Arbeiter getroffen werden in solchen Gewerben, die ihrer Art nach in gewissen Zeiten des Jahres regelmäßig zu erheblich verstärkter Tätigkeit genötigt sind.

Eine Mehrarbeit bis zu 2 Stunden darf nur an 30 Tagen im Jahr stattfinden. Die Betriebsvertretung muß vorher angehört werden, die Wahl der Tage bleibt dagegen dem Arbeitgeber überlassen. In den bei der Sonntagsarbeit bereits angeführten Fällen (Bewachung, Reinigung, Instandhaltung usw.) kann die tägliche Arbeitszeit um 2 Stunden überschritten werden.

Für diese Überstunden hat der Arbeitnehmer Anspruch auf eine angemessene Vergütung über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus. Diese Vergütung soll in einem Zuschlag von wenigstens 25 Prozent auf den Stundenlohn bestehen.

Als Arbeiterschutz kann auch jene Verordnung angesehen werden, wonach es dem Arbeitgeber untersagt ist, die Zeugnisse, deren Ausstellung jeder Arbeiter verlangen kann, mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

Außerordentlich zu begrüßen ist die Abschaffung des Trucksystems. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Löhne in Reichswährung zu berechnen und bar auszuzahlen. Ein schriftlicher Beleg über den Betrag des verdienten Lohnes und der vorgenommenen Abzüge ist dem Arbeiter auszuhändigen (Lohnzettel — Lohntüte — Lohnbuch). Auch darf

die Entlohnung nicht in Gastwirtschaften oder Verkaufsstellen vorgenommen werden. Ebenso ist verboten das Auszahlen des Lohnes an dritte Personen. Eine weitere Gewähr für die Nichtanwendung des Trucksystems bietet die Bestimmung, daß es den Arbeitgebern untersagt ist, den Arbeitern Waren zu kreditiern, abgesehen von bestimmten, im Gesetz enthaltenen Ausnahmen. Für die Papierindustrie dürfte eine Reihe dieser Ausnahmen jedoch zulässig sein. Es hat sich nämlich bis in die heutige Zeit noch das alte patriarchalische System, wie es in der Papiermühle herschte, in sehr vielen Papierfabriken erhalten. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die Fabriken an demselben Ort entstanden sind, wo die alten Mühlen ihre Betriebsstätten hatten. Dieser Standort liegt aber meist auf dem Lande, abseits von größeren Siedelungen. Daraus ergibt sich zwangsläufig wieder, daß der Arbeiterstamm oft schon durch Generationen mit der Fabrik und ihrer Besitzerfamilie verbunden ist. Diese Verbundenheit von Unternehmer und Arbeiter wirkt sich dahin aus, daß der erstere sich auch um das Leben und Treiben seiner Arbeiter und deren Angehörigen kümmert. In einem späteren Abschnitt gehe ich hierauf noch ein. Hier interessieren uns die Fälle, wo der Unternehmer dem Arbeiter Waren kreditieren darf. Es ist ihm gestattet, den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung- und Landnutzung gegen die ortsüblichen Miet- und Pachtpreise, Feuerung, Beleuchtung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hilfe für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen.

Die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen und Maschinen sind so einzurichten und der Betrieb ist so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es muß für genügend Licht, Luft, Beseitigung

von Staub, Dünsten und Gasen gesorgt sein. Alle diese Einrichtungen bezwecken den Schutz des Arbeiters gegen Gefahren für Leben und Gesundheit.

Eine Arbeitsordnung ist für jede Fabrik, in der mehr als 20 Personen beschäftigt sind, zu erlassen. Sie muß folgende Bestimmungen enthalten:

1. Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit sowie die für die erwachsenen Arbeiter vorgesehenen Pausen.
2. Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung.
3. Abweichungen von den gesetzlichen Bestimmungen über die Frist zur Kündigung.
4. Vorgesehene Strafen.
5. Verwirkung von Lohnbeträgen nach Maßgabe der Bestimmungen der Arbeitsordnung oder des Arbeitsvertrages.

Diese Arbeitsordnung kann nicht willkürlich vom Arbeitgeber festgesetzt werden, sie bedarf vielmehr der Bestätigung durch die Verwaltungsbehörde. Der Arbeiter hat das Recht der Einsichtnahme in die Arbeitsordnung; er kann seine Bedenken und Äußerungen kundgeben.

Zur Warnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber sind in allen Betrieben, die mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten. Diese Betriebsräte sind an die Stelle der früheren Arbeiterausschüsse getreten. Der Betriebsrat besteht:[1])

In Betrieben von	20	bis	40	Arbeitnehmern	aus	3	Mitgliedern
„ „	„ 50	„	99	„	„	5	„
„ „	„ 100	„	199	„	„	6	„

1) vgl. Betriebsrätegesetz für das Deutsche Reich.

Die Zahl der Mitglieder erhöht sich um je eines in Betrieben von

200	bis	999	Arbeitnehmern	für	je	weitere	200
1000	„	5999	„	„	„	„	500
6000	und	mehr	„	„	„	„	1000

Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 30.

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten Wahlberechtigten. Doch müssen die letzteren am Wahltage wenigstens 6 Monate dem Betriebe und wenigstens 3 Jahre dem Gewerbezweig angehören, in dem sie tätig sind. Hierdurch soll die Wahl von ungeeigneten Leuten, die keine Kenntnis vom Betrieb oder sogar vom Beruf haben, vermieden werden. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß man z. B. irgend einen Parteipolitiker, der keine wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter, sondern eine politische wahrnehmen würde, in den Betriebsrat wählen könnte.

Es würde zu weit führen, wollte ich alle Aufgaben, die dem Betriebsrat zufallen, hier aufzählen. Erwähnen möchte ich jedoch, daß folgende Bestimmung besteht:

In Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht und nicht auf Grund anderer Gesetze eine gleichartige Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrate vorgesehen ist, werden nach Maßgabe eines besonders hierüber zu erlassenen Gesetzes ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme.

Wir sehen daraus, wie weit sich heute schon die sozialistische Tendenz bei der sozialpolitischen Gesetzgebung auswirkt.

Für die meisten Streitfälle, die sich aus dem Betriebsrätegesetz ergeben, ist das Arbeitsgericht zuständig. Dieses setzt sich in der ersten Instanz zusammen aus dem Vorsitzenden, der in der Regel ordentlicher Richter ist, und je einem Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu denen noch je ein weiterer Beisitzer hinzutreten kann. Das Arbeitsgericht kann außerdem noch in folgenden Fällen angerufen werden:[1])

1. Bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen und bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen tarifvertragsfähigen Parteien aus unerlaubten Handlungen, sofern es sich um Maßnahmen zu Zwecken des Arbeitskampfes oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit handelt.
2. Bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeits- oder Lehrvertrages, aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeits- oder Lehrverhältnisses und aus dessen Nachwirkungen sowie bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen.
3. Bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus den §§ 86, 87 des Betriebsrätegesetzes (Einspruchsklage gegen Entlassungen).

Von besonderer Bedeutung sind die Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Das Gesetz verbietet die Beschäftigung von

1) vgl. G. Claren, Arbeitsgerichtsgesetz, Arbeitszeitverordnung.

Kindern unter 13 Jahren gänzlich. Bei Kindern bis zu 16 Jahren ist die Arbeitszeit beschränkt. Ferner darf keine Verschiebung der Arbeitszeit eintreten. Pausen, Beginn und Ende der Arbeitszeit (nicht vor 6 Uhr morgens, nicht über 8 Uhr abends) ist genau geregelt.

Dieselben Bestimmungen gelten auch für Arbeiterinnen. Wöchnerinnen und Schwangeren wird ein besonderer Schutz gewährt.

Ferner besteht eine Überwachungsvorschrift bei jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Der Arbeitgeber hat vor Beginn der Beschäftigung der Behörde eine schriftliche Anzeige zu machen, die zu enthalten hat: Den Betrieb, die Wochentage, an welchen die Beschäftigung stattfinden soll, Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen sowie die Art der Beschäftigung.

Die Bestimmung, daß Arbeiterinnen am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen, bezweckt neben der Förderung der Gesundheit diejenige des Familienlebens, was wir überhaupt bei manchen sozialpolitischen Bestimmungen feststellen können.

Der Arbeitsschutz, der Frauen und Kindern gewährt wird, wirkt sich praktisch aber auch als Schutz für die männlichen Arbeiter aus, da die lohndrückende Konkurrenz der Frauen und Kinder zum Teil ausgeschaltet wird.

Die Aufsicht über die Ausführung der sozialpolitischen Bestimmungen ist besonderen Beamten zu übertragen, die von der Landesregierung ernannt werden. Diese Gewerbeaufsichtsbeamten können sich jeder Zeit davon überzeugen, ob die Bestimmungen auch ausgeführt wurden. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die von der Gewerbeinspektion verlangten statistischen Mitteilungen über die Verhältnisse seiner Arbeiter zu machen.

Zum Schlusse sei noch des Arbeitsnachweises gedacht, der seit 1922 den Gemeinden, bezw. den Ländern vorbehalten bleibt. Die 3 Funktionen des Arbeitsnachweises sind:

1. Unentgeltliche Stellenvermittlung zu tariflichen oder ortsüblichen Löhnen.
2. Mitwirkung bei der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge (Entscheidung über Unterstützungsanträge).
3. Berufsberatung.

Die Inanspruchnahme des Nachweises durch die Papierindustrie zeigte ich schon bei einem früheren Abschnitt. Vor allem durch Berufsberatung und Verschaffung von Arbeit für Arbeitslose kann der Arbeitsnachweis eine der besten sozialpolitischen Einrichtungen sein.

C) Die sozialen Einrichtungen privaten Charakters.

Die Berufsgenossenschaft ist als Unfallversicherung eigentlich auch eine Sozialversicherung, doch habe ich aus mehreren Gründen ihre Eingliederung unter diesen Abschnitt für richtiger gehalten.

Die im Jahre 1884 gegründete Papiermacherberufsgenossenschaft ist auf Anregung des Vereins deutscher Papierfabrikanten entstanden und hätte sich auch ohne staatlichen Einfluß erhalten und weiter entwickelt. Da sie eine der ersten Berufsgenossenschaften überhaupt war, hat sie gleichsam als Vorbild bei der allgemeinen Einführung gedient.

Im Gegensatz zur vorher besprochenen Sozialversicherung trägt bei der Berufsgenossenschaft der Arbeitgeber allein die Lasten. Der Arbeitnehmer ist ausschließlich und nur Nutznießer.

Anlaß zur Gründung dieser Versicherung waren wohl die zahlreichen Unfälle, die sich zu Anfang bei Einführung der Papiermaschine ereigneten. In einem Aufsatz „Soziales

aus der Entwicklung der Papierindustrie“ schreibt Direktor Paul Nauke: „Besondere Unglücksfälle waren im Anfang angesichts der Ungeübtheit des Personals und mangels jeder Erfahrung in der Unfallverhütung oft an der Tagesordnung, und unter den alten Papiermaschinenarbeitern war meist kaum einer, der noch im Vollbesitz seiner Glieder war.“

Heute liegt die Sache natürlich anders. Und die Bedienung der Papiermaschine oder des Holländers ist nicht gefährlicher als die Bedienung jeder anderen Maschine. Schwere Betriebsunfälle oder sogar Todesfälle sind eine Seltenheit geworden.

Aber nicht nur dem Arbeiter, auch dem „höheren“ Angestellten galt die soziale Tätigkeit der Papiermacher. So wurde im Jahre 1874 der Hilfsverein für Fachgenossen und Beamte der deutschen Papierindustrie gegründet. Neben der Unterstützungs- und Sterbekasse wurde ihm 1920 ein „Studienfond für die deutsche Papierindustrie“ angegliedert, dessen Mittel durch Kapitalüberweisungen deutscher Papierfabriken aufgebracht werden. Seine Bestimmung lautet: „Einen tüchtigen Stamm junger Papiermacher heranzubilden, die durch den Krieg leergewordenen Stellen neu zu besetzen und eine Dankesschuld an unsere gefallenen Helden abzutragen.“

Durch den rohstofforientierten Standort der Papierindustrie mußten bei der Entwicklung vom Handwerk zur Industrie die Arbeiter aus entfernteren Gegenden herangezogen werden. Den dadurch gesteigerten Wohnungsbedarf haben die meisten Papierfabriken durch Bau eigener Häuser für ihre Werksangehörigen gedeckt. Und es hat sich dies noch bis heute erhalten. Gerade durch die Schaffung von Werkswohnungen leistet die Papierindustrie wertvolle soziale Arbeit. Denn die Wohnung, das Heim der Familie, ist letzten Endes Ausgang aller Kultur, ist ausschlaggebend für Hoch- und Tiefstand eines Volkes.

Schlußbetrachtung.

Die Papierindustrie, deren Bedeutung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet diese Arbeit zu würdigen sucht, verdankt Entstehen und Bestehen dem Umstand, daß das erzeugte Produkt heute schon zu den „lebensnotwendigsten" Gütern gehört. Mit demselben Recht, wie wir von einem Zeitalter der Kohle, einem Zeitalter der Elektrizität reden, können wir auch von einem Zeitalter des Papiers sprechen. Äußerer Beweis mag der Verbrauch an Papier sein, der sich stets gesteigert hat und noch steigt. Folgende Tabelle zeigt den Verbrauch verschiedener Waren auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland im Jahre 1927:

Kohle	1987	kg
Kartoffel	581.9	„
Fleisch	479	„
Roggen	114.5	„
Weizen	73.7	„
Papier	26.5	„
Zucker	20.5	„
Baumwolle	4.6	„
Kaffee	1.6	„

Der Verbrauch an Papier in den verschiedenen Staaten ist sehr unterschiedlich, wie folgende Tabelle zeigt:

Jährlicher Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung.

Amerika	62	kg
England	37	„
Deutschland	26.5	„
Frankreich	21	„
Schweden	20	„
Schweiz	20	„
Belgien	20	„

Norwegen	19	kg
Österreich	14.5	„
Holland	14	„
Finnland	11	„
Japan	10.5	„
Tschechoslowakei	10	„
Italien	8	„
Spanien	6	„
Rußland	3	„

Auffallend ist der große Verbrauch an Papier in Amerika. Der Amerikaner ist aber ein starker Zeitungsleser, und die Zeitungen und Zeitschriften erscheinen in einer Anzahl und Stärke, die uns Europäern — vorläufig wenigstens noch — fremd sind.

Der Engländer ist auch ein eifriger Zeitungsleser, aber auch ein starker Bücherkäufer.

Der Verbrauch in Deutschland steht noch erheblich über dem Durchnittsverbrauch selbst der westeuropäischen Staaten. Neben Zeitungen und Zeitschriften spielt für die Konsumtion von Papier bei dem Deutschen das Buch eine wichtige Rolle.

Der sehr geringe Verbrauch an Papier in Rußland hängt mit dem Tiefstand der Zivilisation zusammen. Es gibt kaum eine russische Papierindustrie. Zeitschriften, Zeitungen, Bücher unterliegen auch heute noch der strengsten Kontrolle und Zensur.

Der Japaner konsumiert mehr Papier als der Tscheche, Italiener oder Spanier. Der Japaner ist ein Meister und Künstler in der Papierverarbeitung, und viele Papierwaren (z. B. Lampions, Schirme, Fächer aus Papier) haben wir von den Japanern übernommen.

Von allen Verwendungszwecken ist der zu Druckpapier am wichtigsten und bedeutendsten. Durch Zeitung und Buch war es der Menschheit möglich, jene Lebensstufe — ich möchte nicht sagen: Zivilisations- oder Kulturstufe —

Verzeichnis der verwandten Schriften.

Beck, Karl „Selbstkostenrechnung in Papierfabriken“

Böhm von Bawerk, Eugen, Prof. „Kapital und Kapitalzins“

Bücher, Karl, Prof. „Die Entstehung der Volkswirtschaft“

Cassel, Gustav, Prof. „Theoretische Sozialökonomie“

Claren, G., Rechtsanwalt „Arbeitsgerichtsgesetz, Arbeitszeitverordnug“

Gruntzel, „Handelszahlungs- und Wirtschaftsbilanz“

Günther, Adolf, Prof. Dr. „Theorie der Sozialpolitik“

Hildebrand, Bruno, Prof. „Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft“

Liefmann, Robert, Prof. „Kartelle, Konzerne und Trusts“

List, Friedrich, Prof. „Das nationale System der politischen Ökonomie“

Mierginski, Stefan „Die Papierfabrikation“

Philippovich, Eugen, Frhr. von, Prof. „Grundriß der politischen Ökonomie“

Stier-Somlo, Fritz, Prof. „Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich“

Wagner, Adolf, Prof. „Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital“

Adreßbuch der Papier-, Pappen und Papierstoffabriken Deutschlands und seiner Nachbarstaaten (bearbeitet von Ulrich Kirchner).

Betriebsrätegesetz für das Deutsche Reich.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929.

Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Vereins Deutscher Papierfabrikanten (Berlin 1922).

„Zehn Jahre Friedenswirtschaft“, Aufsatzreihe, herausgegeben von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung.

„Das Problem der Wirtschaftsdemokratie“, Aufsatzreihe, herausgegeben von der Deutschen-Bergwerks-Zeitung.

„Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie“.

Wochenblatt für Papierfabrikation.

Papierzeitung.

Date Due

D.
365 St8
Streyer
Die wirtschaftliche
Bedeutung der
deutschen Papier
herstellenden Industrie

365 St8
MSH 02723
JUL 28 1994 NEH

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0041418417

FEB 5 1931

END OF
TITLE